

Deutsche Freiheit

Einzige unabhängige Tageszeitung Deutschlands

Nr. 215 — 2. Jahrgang

Saarbrücken, Sonntag Montag, 16. 17. Sept. 1934

Chefredakteur: M. Braun

Saarpresident Knox gegen Lügen der „Deutschen Front“	Seite 3
Der Wirtschaftssieg und der Parteitag	Seite 4
Die Theocie vom Keebserreeger	Seite 7
Göttes-Gesellschaft gratuliert Hitler	Seite 7

Reichskirchenkrach

Der württembergische Landesbischof gemäßregelt — Eine Korruptions-sache wird ihm angehängt — Wachsender protestantischer Widerstand aus Bayern gegen „Berlin“ — Reichsbischof Müllers Einführung am 27. September steht im Zeichen des Sturms

Ein Gewaltakt hat die angefeindete Unterwerfung der evangelischen Landeskirchen von Württemberg und Bayern eingeleitet. Der Reichsbischof hat jedoch den Landesbischof Sturm von Württemberg „bis auf weiteres beurlaubt“. Begründet wird die Maßnahme in der üblichen Weise. Sturm soll verfußt haben, Gelder der Landeskirche den ordentlichen kirchlichen Zwecken zu entziehen. Mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Landesbischofs wurde der Stadtpfarrer Krauß in Ebingen beauftragt. Verantwortlich für diese Aktion ist der jetzt in der Reichskirchenregierung tonangebende Kirchenkommissar Jäger. Er hat die Aufgabe, die Landeskirche Württembergs in ein Korruptionsverfahren zu verwickeln, um auf diese Weise den Angriff gegen die protestantischen Freiheitsrechte in Württemberg als „Säuberungsaktion“ anpreisen zu können.

Gegen die bayerische Landesynode sind ähnliche Maßnahmen geplant. Aber sie sind viel schwieriger durchzuführen. Die einstimmigen Beschlüsse der Landesynode gegen die Eingliederung in die Reichskirche war ein Misstrauensvotum gegen die Reichskirchenregierung von beispielloser Schärfe.

Unter den Augen der bayerischen nationalsozialistischen Machthaber konnte sich eine Opposition gegen „Berlin“ entfalten, die durch ein einstimmiges Vertrauensvotum für den bayerischen Landesbischof Meißner scharf unterstrichen wurde. Man sagt dem bayerischen Landesbischof gute Beziehungen zum Reichsstatthalter von Epp, zu dem bayerischen Ministerpräsidenten Siebert, einem Protestanten, und zu zahlreichen anderen bayerischen Regierungsbeamten nach.

Mit Meißner stehen auch langjährige Nationalsozialisten in der Kirche im Kampf gegen die Nationalsynode und gegen den Reichsbischof. Der „Baltische Beobachter“ hat es sogar gewagt, die bayerische Protestantenführung gegen die Berliner Beschlüsse abzurufen. Meißner hat jetzt in einer kirchlichen Erklärung alle Maßnahmen zur Eingliederung der bayerischen Landeskirche in die Reichskirche als ungültig erklärt. Aus allem geht hervor, daß Meißners Position äußerst stark ist, und daß mit seiner Absetzung nach württembergischem Muster nicht zu rechnen ist. Am Gegenteil! Der bayerische Protestantensturm gegen die Berliner Beschlüsse erhält dauernden neuen Zuspruch und bringt die Berliner Kirchenhelfer in eine peinliche Lage.

Sie haben jetzt den Arierparagrafen auf dem Gebiete der Landeskirchen, der im vorigen Jahre durch die kirchlichen Ansprüche vorübergehend aufgehoben war, wieder hergestellt. Auch auf dem Gebiete der Kirche wird die Rassenabgrenzung zwangsweise mit allen Konsequenzen durchgeführt. Gleichzeitig dauern die Maßnahmen und Disziplinarverfahren weiter fort. Gegen den Landesbischof Marxahren von Hannover ist eine Strafaktion mit dem Ziele der Absetzung eingeleitet worden.

Marahren gilt als Führer der Protestler gegen die den Geistlichen vorgelegte Eidesformel. Die Geistlichen sind bei dem Eidbindungsbeid für das Staatsoberhaupt zu leisten, wehren sich jedoch, gegen seine Verstoßung mit dem kirchlichen Dienst, weil sie die Pflicht zum Gehorsam gegenüber der Reichskirchenregierung und der Nationalsynode nicht anerkennen.

Die Einspruchsbildung wurde außer von den hannoverschen, bayerischen und württembergischen Landesbischofen, von dem Bischof Jänker von Breslau, dem Generalsuperintendenten Jöllner aus Düsseldorf, Professor Althaus von der Universität Erlangen und zahlreichen Pfarrern aus allen Teilen des Reiches unterzeichnet. Der erste Gegenstand der Reichskirchenregierung gegen Marahren besteht in der gegen ihn gerichteten Entziehung der kirchlichen Verwaltung.

Aus der langen Reihe der neuen Maßregelungen bekannteste Geistlicher nennen wir die folgenden: Den früheren Direktor der Spandauer Apologetischen Zentrale, Dr. Karl Schweitzer, suspendierten Superintendenten in Wüstermark, wurde die Abhaltung von Gottesdiensten in seiner Wohnung verboten. Superintendent Krause in seiner Wohnung wurde zwangsweise in den einstweiligen Ruhestand versetzt. Pastor Darm in Guelzow wurde ohne Angabe von Gründen beurlaubt. Pastor Maerker in Nohof wurde im Interesse des Dienstes suspendiert. Und so weiter.

Auf der ganzen Linie ist in Deutschland der Kampf zwischen dem nationalsozialistischen Staatskirchensystem und den

Bekennern der evangelischen Freiheit entbrannt, die nach der grundsätzlichen Auffassung Luthers auf der Souveränität der Gemeinden beruht. Die Berliner Kirchenhelfer haben ihr Ziel der Einheit und Einigkeit der deutschen evangelischen Kirche nicht erreicht. Gegen sie stehen Millionen von Gläubigen, die überwiegend nicht aus politischer Opposition, sondern aus religiösen Gewissensgründen den Reichsbischof von Müllers Gnaden ablehnen.

Höhepunkte!

Die drohende Verlustliste

Berlin, 15. Sept. Für den 27. September war die feierliche Einführung Dr. Ludwig Müllers im Berliner Dom als Reichsbischof vorgesehen. Sie soll mit größtem Pomp stattfinden, aber das Wesentliche wird zu diesem Termin nicht erreicht sein: die Verwirklichung der evangelischen Kircheneinheit. Die süddeutschen Landesbischofe werden fehlen. Sie fordern nach wie vor Befreiung der ebenso ungeheuerlichen wie dem protestantischen Geist zuwiderlaufenden Zentralbehörde. Der Treueid auf Adolf Hitler, der von den deutschen Pfarrern gefordert wird, wird von laienhaften Pfarrern verweigert werden, wobei es sich weniger um ein politisches Bekenntnis, als um ein Zeichen des Gewissenskonfliktes handelt, in dem sich die opponierenden Pfarrer befinden. Die „Kaiser Nationalzeitung“ bemerkt zu diesen Kämpfen: „Wenn die nationalsozialistische Staatsführung, die von blindem Glauben an die Allmacht der primitiven Brachialgewalt besessen scheint, nicht im letzten Augenblick zur Besinnung kommt, so wird sie die Kirche genau so verlieren, wie sie schon Oesterreich verlor, wie sie im Frühjahr möglicherweise auch das Saargebiet und später noch vieles andere dazu verlieren kann.“

Nach einer Mitteilung des „Berliner Tageblatt“ kam es in der Ortsgruppe Berlin-Zehlendorf von Deutschen Christen zu härmischen Auseinandersetzungen. Die Ortsgruppenleitung legte schließlich ihr Amt nieder, nachdem die gehaltenen Referate einen Gegenstoß zur Reichskirchenführung proklamiert hatten.

Ersatz Oberheid

Statt Stabschef jetzt Vikar

Berlin, 15. Sept. Am Mittwoch wurde Pastor Engelle in das Amt des Vikars der Deutschen Evangelischen Kirche berufen. Der Auftrag dieses Amtes liegt in der Stellvertretung und besonderen Hilfeleistung des Reichsbischofs; auch das Sekretariat des Reichsbischofs ist ihm unterstellt. Das Amt des reichsbischoflichen Vikars hatte bis zu seinem Ausscheiden aus der Kirchenregierung Bischof Oberheid bekleidet, der überhaupt der erste reichsbischofliche Vikar war, nachdem dieser Posten ursprünglich die Bezeichnung „Chef des Stabs“ gehabt hatte.

Brief eines Gelsilchen

Ein katholischer Priester schreibt einem Freunde unseres Blattes:

„Du kennst gewiß aus Deiner Studienzeit das Dörfchen Niederbieber bei Fulda.“

Dort hat sich eine furchtbare Tragödie zugezogen. Ein etwas schwachmühtiger, aber durchaus nicht geisteskranker, harmloser, braver Bauernknecht, namens Bläuel, sollte festgenommen werden. Der Arme, der, als das Verfahren eingeleitet war, zum Hohn und Spott der Kinder des Dorfes wurde, die ihm nachliefen und schrien: „Du bekommst die Huden abgeschneitten!“, verreckte sich. Er wurde gefunden, wehrte sich verzweifelt, als ihn der Ländsäger einsang und nach Fulda transportierte. Unter dem Messer des Chirurgen ist er verchieden.“

Wie hätte sich der Arme träumen lassen, daß ihm nach dem Tode solche Ehrungen zuteil werden würden. Ueber zwitaufend Katholiken aus allen Dörfern der Rhön begleiteten seinen Beisetzungs, ein hunder Proten der frommen Rhönbauern gegen die Vergewaltigung ihrer Religion durch das jetzige Regiment Botans und Hitlers ...

Die Hundspeitsche

Verluderter Journalismus

Diese Worte entstammen einer Sammlung von Schimpfwörtern, die der Chefredakteur der „Saarbrücker Zeitung“ Dr. August Hellbrück, sozusagen geistiger Kopf der sogenannten „deutschen Front“ gegen uns schleudert. Er heißt gegen uns und meint die saarländische Regierungskommission des Völkerbundes.

In der Form einer Anfrage hat er vor einigen Tagen an die Regierungskommission den Auftrag erteilt, unverzüglich die „Deutsche Freiheit“ zu verbieten und für ihre Redakteure sofort ein Konzentrationslager zu errichten. Denn wir hätten den Herrn Adolf Hitler beleidigt, weil wir ihn wahrheitswidrig verdächtigten, der Führer einer Räuberbande von Leuten wie Röhm, Heines, Ernst und Konsorten gewesen zu sein. Weiter sollten wir den toten Reichspräsidenten von Hindenburg in Walhall geschmäht haben, weil wir ihm nachsagten, er hätte den erwähnten bekanntlich sehr ehrenwerten Herren den Staat ausgeliefert.

Wir haben uns erlaubt, für unseren guten Glauben so gewichtige Zeugnisse wie Kundmachungen und Reden des Herrn deutschen „Führers“ und Reichskanzlers Adolf Hitler beizubringen und leise an Schenkungs-, Steuer- und Subventionsgeschichten der Familie Hindenburg zu erinnern.

Dagegen weiß Herr Dr. August Hellbrück nichts zu sagen. Er wundert sich nur, daß die saarländische Regierungskommission nicht zu seinem Schutze eingreift, wenn er, wie stets, auf von uns vorgebrachte Tatsachen nichts zu erwidern hat. Anscheinend ist aber die Regierungskommission über die Grenzen der Pressefreiheit anderer Meinung als Dr. August Hellbrück. Das will ihm nicht in den Kopf.

Darum schreit er gegen uns nach der Hundspeitsche, deren Handhabung leichter ist als die Verteidigung der von uns charakterisierten politischen Persönlichkeiten.

Herr Chefredakteur August Hellbrück glaubt bei den Mitglieder der Regierungskommission dadurch Eindruck zu machen, daß er deren Staatsoberhäupter mit Herrn Adolf Hitler in Vergleich zieht. Er merkt gar nicht, daß er unsere Kritik nicht unterstreicht. Man stelle sich vor, daß ein Präsident der französischen Republik oder ein König von England öffentlich einen Ritualmordgreuelerzähler, einen Pornographen und Pogrombeher seinen Freund nenne und sich mit ihm in jeder Beziehung solidarisiere. Wie würde Herr Dr. August Hellbrück als Federheld der sittenstrengen germanischen „deutschen Front“ eine solche Bloßstellung eines fremden Staatsoberhauptes beurteilen?

Daß aber in Nürnberg soeben die herzlichste Verbrüderung zwischen dem in der ganzen Welt eindeutig eingeschätzten Ritualmord-Streicher und Herrn Adolf Hitler stattgefunden hat, ist nicht gut zu bestreiten. Wir verweisen auf verächtliche Berichte in Streickers „Fränkischer Tageszeitung“ vom 13. September. Wenn das für das deutsche Staatsoberhaupt beleidigend sein sollte, tragen wahrhaftig nicht wir die Schuld daran.

Herr Dr. August Hellbrück fühlt sich von der saarländischen Regierungskommission fürchterlich verlassen. Er jammert, daß er Gemeinheiten, Unverschämtheiten, Beleidigungen hinnehmen müsse. Der arme Kerl fühlt sich in der Situation eines Menschen, „der an Händen und Füßen geknebelt ist und sich noch ansprechen lassen muß“.

Wir finden, das sind in Verbindung mit Hundspeitsche geradezu mafoschistische Fantastien. Sie passen in das Milieu der von ihm und seinem geliebten Parteiführer so lange verhimmelten Röhm, Heines und ähnlicher neudeutscher Heroen.

Wir wollen Herrn Chefredakteur Dr. August Hellbrück auf einen Gedanken bringen, der ihm entfallen zu sein scheint: Es gibt im Saargebiet nicht nur fremde Regierungsmänner, sondern auch deutsche Richter. Wir fordern ihn auf, die Ehre der von uns hart angegriffenen deutschen Politiker durch ein für und Wider vor deutschen Gerichten zu wahren. Das scheint uns würdiger zu sein als das Verbotsgehwinseln vor Ausländern.

Also: Wir behaupten, daß Herr Chefredakteur Dr. August Hellbrück sich zum Mitwisser und Mitschuldigen von Räuberbanden, von Terroristen, Totschlägern, Mördern und notorischen Sittlichkeitsverbrechern gemacht hat, indem er deren Toten jahrelang verschwiegen und ehelos verlogen die Zeitungen der Verbreitung von „Greuelmärchen“ beschuldigte, die der Wahrheit und der Ehre des deutschen Namens dienen.

Wir behaupten ferner, daß Chefredakteur Dr. August Hellbrück in eheloser journalistischer Pflichtvergessenheit durch feiges Schweigen die öffentliche Meinung irreführt

Über die Zusammenhänge, die zwischen der Schenkung eines Rittergutes an die Familie Oskar von Hindenburg und den Osthilfskonventionen und dem Sturz und der Ermordung des Reichskanzlers und Generals von Schleicher bestehen.

Das genügt doch zu einer Klage, Herr Dr. August Hellbrück?

Stehen Sie nicht wieder unter den Schutz von Ausländern! Schwingen Sie nicht wieder die Hundspitze, sondern stellen Sie sich zu einer Beweisaufnahme vor Richtern, denen mehr zu vertrauen als wir Sie aller Anlaß haben.

Treten Sie an!

Wir stehen bereit.

Radbruch!

Was hitleramtlich gemeldet wird

Berlin, 14. Sept. (DNB.) Wie aus Romo gemeldet wird, ist Professor Radbruch von einem mit der Universität Romo geschlossenen Vertrage, zum nächsten Semester ab dort Vorlesungen über deutsches Strafrecht abzuhalten, zurückgetreten.

Das Deutsche Nachrichtenbüro" erklärt hierzu von zuständiger Stelle: Diese Meldung entspricht den Tatsachen. Professor Radbruch hat sich auf deutsche amtliche Veranlassung in loyaler Weise dazu entschlossen, die an ihn ergangene Berufung abzulehnen. Hiermit entfallen alle gegen ihn in der letzten Zeit in einzelnen Blättern gerichteten Angriffe.

„Juden raus!“

Eine Artistenversammlung aufgelöst

Hamburg, 14. Sept. Eine Versammlung des Berufsverbandes deutscher Artisten, die von mehreren hundert Personen besucht war, wurde am Donnerstag von der Polizei aufgelöst. Beim Eintreffen der Redner entstand Unruhe. Dr. Leuner, der Verbandsführer der Varietédirektoren, erklärte im Auftrag von Staatsrat Habeband, dem Hamburger Gaubetriebszellenobmann, daß Richter die Versammlung zu verlassen hätten. Als dieser Aufforderung nicht Folge geleistet wurde, gab Staatsrat Habeband der Polizei den Befehl, die Widerstrebenden festzunehmen. Die Unruhe dauerte aber an, so daß auf Veranlassung des Vertreters der Reichsleiter, immer die Versammlung aufgelöst wurde.

Um Polens Vorstoß

Genf, 14. Sept. In der heutigen Völkerbundversammlung führte Außenminister Simon u. a. aus:

Außenminister Beck habe in seiner Rede zwei Punkte behandelt, nämlich den Vorschlag der Verallgemeinerung der Minderheitenschutzverträge und den Hinweis auf die besondere Lage der schon durch die Minderheitenverträge gebundenen Länder. Diese beiden Fragen hätten nicht das geringste miteinander zu tun; die Frage der Verallgemeinerung des vertraglichen Minderheitenschutzes sei völlig unabhängig von der Frage der schon bestehenden und übernommenen Verpflichtungen. Er verheide deshalb auch nicht recht, was Beck mit der Anführung meine, daß Polen in den internationalen Organen nicht mehr mitarbeite, solange die Frage der Verallgemeinerung ungelöst sei. Denn die Verträge seien auch von anderen Ländern unterzeichnet worden, darunter auch England. Sie könnten nicht einseitig gekündigt werden. Simon schloß seine Rede mit dem Hinweis auf Artikel 93 des Friedensvertrages, durch den die Schaffung Polens beschlossen worden sei.

Außenminister Barthou schloß sich grundsätzlich dem Standpunkt Simons an. Er wies darauf hin, daß Polens Beispiel die Autorität der Friedensverträge erschüttere und andere Staaten veranlassen könnte, ebenso zu handeln. Rein Staat könne sich einseitig von diesen Verpflichtungen lösen, ohne das hierfür für Änderungen vorgesehene Verfahren zu beachten und mit anderen Staaten vorher zu verhandeln. Er könne es aber nicht glauben, daß es die Absicht Beck's sei, die Versammlung in dieser Weise vor eine vollendete Tatsache zu stellen. Nichtig ausserdem, könnte die Initiative Polens dann vielleicht die entstandene Unruhe und die Versuche, die sich für andere Mächte bilden könnten, wieder aus der Welt schaffen.

Keine Isolierung Rußlands

Wer hat die Sowjetunion noch nicht anerkannt?

Moskau, 14. Sept. (AZH.) Das „Journal de Moscou“ veröffentlicht eine Uebersicht über die europäischen Staaten, die bisher die diplomatischen Beziehungen zur Sowjetunion noch nicht aufgenommen haben. Es sind dies: Albanien, Andorra, Belgien, Liechtenstein, Luxemburg, Niederlande, Monaco, Portugal, der Vatikan, San Marino und die Schweiz. Alle diese Staaten haben zusammen genommen eine Oberfläche von 231.670 Quadratkilometer und eine Einwohnerzahl von 27,8 Millionen, oder weniger als ein Zehntel der Einwohnerzahl der Sowjetunion. Alle diese Länder zusammen genommen, stellen noch nicht zwei Prozent der Oberfläche Europas dar und noch nicht ein halbes Prozent der europäischen Bevölkerung, was sie aber nicht hindert, im Gegensatz zu allen Großmächten und Industriestaaten Europas die Politik der Isolierung der Sowjetunion fortsetzen zu wollen.

Jagd auf Litwinow

Paris, 15. September 1934.

Die ersten Berichte über die Genfer Tage sollen doch der heiteren Seite nicht entbehren. Und darum schildert A. de Gobart, der nach Genf entsandte Berichterstatter des „Australien“ seinem Blatt in humoristischer Weise, wie die Journalisten Jagd auf den russischen Außenminister Litwinow gemacht haben, um ihn zu interviewen, ohne daß es ihnen gelungen sei, das so kostbare Wild zu erhaschen.

Er, Gobart hatte am Mittwoch Morgen gehört, Litwinow sei in Genf. Also habe er sich schleunigst auf Dampfbahn geleitet um über den schönen Genfer See nach Genf zu fahren. Dort habe er zwar den französischen Außenminister, Herrn Barthou, getroffen, der seinen gewohnten Morgen-spaziergang machte. Herr Barthou habe ihn gefragt: „Wo wollen Sie so zeitig hin?“ „Ach bin auf der Suche nach Herrn Litwinow, ich glaube zu wissen, daß er sich hier aufhält!“ „Ach“, habe Herr Barthou erwidert, „das ist zwecklos;

Zum Prozeß gegen Thälmann

Voruntersuchung abgeschlossen

Berlin, 14. September 1934.

Das Voruntersuchungsverfahren gegen Ernst Thälmann ist plözlich abgeschlossen worden. Wir haben inzwischen folgende Einzelheiten ermitteln können.

Die offizielle Auskunft, die dem spanischen Journalisten Armeitz gegeben wurde, daß der Thälmannprozeß nicht vor dem Volksgericht stattfindet; weitere Auskunft, die Chrikosoi, dem Sekretär der Autonomen Arbeitergewerkschaften in Marseille gegeben wurde, daß der Prozeß wahrscheinlich in 8 Monaten stattfindet, ist gleichfalls keineswegs glaubwürdig.

Von drei verschiedenen Seiten erhalten wir Bestätigung, daß harte Tendenzen vorhanden, den Thälmannprozeß vor dem Volksgericht in kurzer Zeit überraschend durchzuführen, um die Öffentlichkeit vor vollendeten Tatsachen zu stellen.

Als ursprünglicher Anklageschrift wurden Teile entworfen, die bei Bauern und N.A. Leuten Anti-Hitlerkämpfer hätten fördern können.

Da Ermittlungen seit 18 Monaten ergebnislos blieben, hat ein Gestapo-Agent Protokolle angefertigt, um unter Verwendung einer Zähe aus Reden Thälmanns, die aus dem Zusammenhang gerissen wurden, Thälmann Aufforderung zu Gewalttaten, Sprengstoffvergehen und Attentate gegen führende Politiker zur Last zu legen. Eineinhalbseitige Thälmannsage sollen dem Protokoll den Anschein der Echtheit geben.

Wir erfahren weiter: der heute noch von antifaschistischen Arbeitern gebrandete Gruß „Rot Front!“ soll als Beweis für die Weiterführung des Roten Frontkämpferbundes, als ein Versuch der Sammlung staatsfeindlicher Kräfte und das Ausprechen dieses Grußes als Hochverrat erklärt werden.

Sämtliche Referate, Artikel und Broschüren Thälmanns, seit dem Jahre 1925 werden zur Begründung der Anklage herangezogen. Thälmann soll die persönliche Verantwortung für alle Zeitungsartikel und Broschüren der SPD, ganz Deutschlands übernehmen.

Das Austritts Thälmanns im Oktober 1932 in Paris, wo er die Streichung der Ausgaben für Militär und Polizei und Ueberweisung der freiverdenden Beträge an die Arbeitsbeschäftigten und Arbeitslosen forderte, wird als Hoch- und Landesverrat in der Anklage betrachtet.

„Drosselung“ der Einfuhr

Dennoch die Handelsbilanz noch passiv

Berlin, 14. September. Im August konnte die Passivität der deutschen Außenhandelsbilanz nicht unerheblich vermindert werden. Der Einfuhrüberschuss erhöhte sich von 41 Millionen Rm. im Juli auf nicht ganz 9 Millionen. Im August 1933 war allerdings die Handelsbilanz noch mit 66 Millionen Rm. aktiv. Die Verbesserung der Handelsbilanz ist zurückzuführen auf eine Verminderung der Einfuhr einerseits und Steigerung der Ausfuhr andererseits. Die Einfuhr betrug 322,5 Millionen Rm. gegen 362,8 Millionen Rm. im Vormonat, war also um 6 Prozent geringer. Den härtesten Anteil an dem Rückgang hatten Lebensmittel und Getränke, die von 98,9 Millionen Rm. im Vormonat auf 81,1 Millionen Rm. zurückgingen. Diese Verminderung ist ebenso wie die Steigerung im Vormonat als eine Saisonerscheinung zu betrachten. Die Rohstoffeinfuhr ging von 199,2 auf 194,9 weiter zurück. Der Rückgang ist mit 2 Prozent wesentlich geringer als im Vormonat, in dem er mehr als 10 Prozent betragen hatte. Bei einigen Waren, besonders Textilrohstoffen, Kunstschiff u. v. ergaben sich zwar noch nennenswerte Einfuhrrückgänge; ihnen stehen aber auf anderen Gebieten, vor allem bei Textilien, Steigerungen gegenüber. Die Fertigwareneinfuhr

hat sich geringfügig von 62,3 auf 63,7 Millionen Rm. erhöht. Die Erhöhung entspricht der Saisonende. Die Ausfuhr ist von 321 Millionen auf 334 Millionen Rm. im Juli, also um etwa 4 Prozent gestiegen. An der Steigerung waren Rohstoffe und Fertigwaren etwa gleichmäßig beteiligt, und zwar liegt die Ausfuhr von Rohstoffen und Halbwaren von 61,9 auf 64,4 Millionen Rm., und die Ausfuhr von Fertigwaren von 250,4 auf 269,2 Millionen. Die Ausfuhr von Lebensmitteln und Getränken ist von 8,8 auf 7,1 Millionen Rm. zurückgegangen. Bei der Ausfuhr von Rohstoffen ist eine Erhöhung von Kautschuk von 1,3 Millionen Rm. hervorzuheben. An der Steigerung der Fertigwarenausfuhr waren Textilwaren mit 4,5 Millionen, chemischen und pharmazeutischen Erzeugnissen um 2,5 Millionen, Maschinen mit 1,9 Millionen Rm. und Papier und Papierwaren mit 1,1 Millionen Rm. beteiligt.

Das DNB. verweist zu bemerken, daß im August 1933 die Ausfuhr noch 42,5 Millionen Rm. betrug und gegenüber dem Juli 1933 um 27 Millionen Rm. gesunken war. Es ist also in jeder Beziehung ein Rückschlag eingetreten.

Neubauer

Berlin, 14. Sept. (Anrech.) Elisabeth Howard, Londoner Mitglied der Gesellschaft der Freunde, die vor kurzem mit dem Auslandspremier der NSDAP, Hans Fingal, über die Freilassung des früheren kommunistischen Abgeordneten Dr. Neubauer und des ehemaligen Bürgermeisters von Magdeburg, Neuter, sprach, ist im Flugzeug erneut in Tempelhof angekommen. Sie erklärte, daß sie die Absicht habe, Neubauer, der seit mehr als 18 Monaten gefangen gehalten wird und im Völklinger Moorlager interniert ist, zu besuchen.

Krau Howard hat heute bei den deutschen Behörden um die Erlaubnis nachgehakt, Neubauer einen Besuch machen zu dürfen. Sie hofft, daß es ihr möglich sein wird, die Ueberführung Neubauers, der tuberkulös und herabkrank ist, in ein Krankenhaus durchzusetzen.

„Heldenbutter“ und Trauringersatz

Immer mehr den herrlichen Zeiten entgegen

Die Lage im „dritten Reich“ wird immer besser. Jetzt sind bereits Maßnahmen ergriffen worden, damit dem deutschen Volk unter dem Hakenkreuzbanner alle Herrlichkeiten aus der Kriegszeit in Erinnerung gebracht werden. Nachdem die unzähligen Ueberwachungsstellen errichtet worden sind, nachdem die Textilproduktion und die Verwendung von unedlen Metallen eingeschränkt worden sind, wird ein weiterer Schritt zur Schaffung einer lächelnden Kriegsbewirtschaftung unternommen. Die Marmelade soll wieder anstelle von Butter kommen! Marmelade wird wieder an „Heldenbutter“ wie im Kriege.

Bekanntlich ist der Ernteertrag an Futtermitteln in diesem Jahr bedeutend zurückgegangen. Die Ernteergebnisse für Getreide und Hafer sind mit 8,4 Millionen Tonnen um fast 20 Prozent hinter dem Vorjahresstande von 10,4 Millionen Tonnen zurückgeblieben.

Da infolge der Getreideknappheit die Einfuhr von Futtermitteln gedrosselt werden mußte, hat sich ein beträchtlicher Mangel an Futtermitteln bemerkbar gemacht, daß die Landwirtschaft sich genötigt sieht, in zunehmendem Maße zu Schlachtungen zu greifen. So übersteigen beispielsweise im Juni allein die bekannten Schlachtungen bei Rindern

40 Prozent die Vorjahresziffer. Im Juli und August hat sich zweifellos die Lage in dieser Richtung verschärft.

Die Rückschlüsse auf die Futterverorgung im kommenden Winter dürften unter diesen Umständen kaum ausbleiben. Allgemein wird deshalb eine Restriktion der Futteranteile erwartet und damit erklärt sich auch die neueste Verordnung, daß der Kleinverkauf von Winterweizen bis auf weiteres im ganzen „dritten Reich“ verboten worden ist.

Diese Maßnahme hat nur den einen Zweck, die erforderlichen Mengen von Weizen zur Herstellung von Marmelade für den Fall unzureichender Futterzufuhr bereitzustellen.

Also der zweite Winter der Hitlerherrlichkeit bringt die Kriegsmarmelade.

Aber auch noch andere Annehmlichkeiten werden dem deutschen Volk beschert. Die goldenen Trauringe sollen abgeschafft werden. Statt dessen tritt an ihre Stelle, wie es so schön heißt, ein hundertprozentiger Ersatz. Die Deutsche Gold- und Silberanstalt hat nämlich in Zusammenarbeit mit der Reichsanstalt für Trauringe im Reichsverband der deutschen Edelmetall- und Goldwarenindustrie eine weiße Edelmetalllegierung hergestellt. Dieses Metall soll jetzt anstelle der Goldschmuckstücke der Reichsbank das Gold bei den Trauringen, Zeinestellungen, Goldkronen usw. ersetzen.

ich weiß zwar nicht, wo Herr Litwinow ist, aber hier ist er sicher nicht!”

Gobart telefonierte nun mit Chamonix, Annon, mit Aigles-Vains. In keinem der Orte war auch nur der Schatten des russischen Außenministers gesehen worden. Verzweifelt wandte sich Gobart an diejenige hohe russische Persönlichkeit, die ihm Genf als Aufenthaltort Litwinow genannt hatte. „Ja“, sagte dieser, „er hat Marienbad am 4. September verlassen und zwar mit dem gleichen Zuge wie Herr Benech. Er ist in Lausanne am 5. September angekommen.“ Und seitdem ...?

Das Interview sollte aber doch geliebert werden, was tun? Die Ministerjäger ließen die ergebnislose Jagd fort. Er stellte fest, daß die notwendige Korrespondenz der französischen Delegation des Völkerbundes und Herrn Barthou einerseits und Herrn Litwinow andererseits in etwas unhandlicher Weise über die Sowjetbotschaft in Paris stattfand, wo der Stellvertreter des verstorbenen Botschafters, Herr Rosenbergs alle Depeschen und Briefe in Genf nahm und den Text abschrittlich einmal nach Moskau und das andere Mal an Herrn Litwinow weiter sandte. Das Säuern genügte allen Beteiligten, die sich nicht den Kopf zerbrechen, wo Herr Litwinow eigentlich sei.

Die amerikanischen Kollegen des französischen Journalisten ließen in ihrem Jagdeifer nicht nach. Sie suchten in Autos

systematisch die ganzen Ortschaften am Genfer See mit all den einfließenden verkehrswegen Völkern ab, doch nirgends war Herr Litwinow.

Da endlich hörte de Gobart am Donnerstagmorgen, Litwinow wohne mit seiner ganzen Familie seit dem 7. September in San Remo im Grand Hotel nicht weit von Ventimiglia. Telefonisch wurde diese Tatsache bestätigt und glückt wollte der Journalist nach San Remo fahren, aber seine Kreuze wurde stark gedämpft, als die Stimme am anderen Ende der Telefonlinie hinusklang: „Herr Litwinow ist bereits Litwinow abgereist. Er wird Freitag am Genfer See sein.“

Nun kann die Jagd weitergehen. Und es dürfte dabei noch manch lustiges Zwischenstiel geben. Denn der aus Moskau mittlerweile eingetroffene Sonderberichterstatter der russischen Nachrichtenagentur erzählte seinen Kollegen: „Wir haben die Spur des Ministers bereits in Moskau verloren und die Pariser Sowjetbotschaft um Hilfe gebeten!“

In der Nacht zum Samstag wurde vollkommenes Einverständnis über den Eintritt Sowjetrußlands in den Völkerbund erzielt.

Terrormaterial Vor dem Landesrat des Saargebiets

Sozialistische Abgeordnete legen es vor

Die Sitzungen des Landesrats des Saargebiets sind, gleich wie für Vorlagen zur Beratung, erfüllt von den kommenden politischen Kämpfen der Abstimmungszeit. In der Sitzung von Freitag legten in Abwehr von Reden der „deutschen Front“ mehrere sozialistische Abgeordnete Beweismaterial für den braunen Terror an der Saar vor. Wir entnehmen diesen anläugerischen Reden einige Stellen:

Abg. Petri:

Zahlreiche Terrorfälle zeigen, wo die Zustände bis zur Abkündigung hinführen. Jede Saarlandgebung im „dritten Reich“, jede Kundstunde mit unerhörten Verleumdungen gegen Anderdenkende im Saargebiet zeitigte bisher ihre Früchte. Verhegte, aufgewiegelt Menschen, die in ihren nationalsozialistischen Leidenschaft in höchster Potenz zu Gewalttätigkeiten übergehen, die alles bisher im Saargebiet Vorgekommene übertreffen.

Bandenüberfälle auf einzelne Personen sind an der Tagesordnung. Wildwest lebt im Saargebiet seine Geschichte fort.

Der nicht nach der Hitlerparole gleichgeschaltete Bürger im Saargebiet steht in steter Gefahr, von Banden überfallen und erschlagen zu werden. Und das alles unter der Obhut und Betreuung des Völkerbundes und seiner Organe. Ist der Ueberfall auf den Abgeordneten Sommer nicht ein unerhörter Vorgang, der die Exekutivinstanzen zu einem scharfen Eingreifen gegen die Täter und ihre Hintermänner veranlassen mußte? Ähnlich liegt der Fall Franz Becker, Elversberg, und seiner Kameraden, auf die ein bandenmäßiger Ueberfall ausgeführt wurde. Mit Eisenhaken, Stahlruten und Schanzentauern wurden diese Mitglieder der Antifaschistischen Front von einer Bande von 30 Kombis wuchtig mißhandelt und zusammengeschlagen. Stundenlang konnten an diesem Mittwochabend des 5. September 1934 diese Helden der sogenannten „deutschen Front“ in Elversberg ihr Unwesen treiben, ohne daß von den acht Sicherheitskommissionen dagegen eingeschritten wurde.

Hunderte von Menschen hatten sich nach der Tat am Tatort eingefunden, nur kein Polizist oder Landjäger war anwesend. Nach langem Suchen nach ihnen wurden sie herbeigeführt.

Sieben Personen wurden an diesem Abend nacheinander in Elversberg in den verschiedenen Straßen verfolgt und zusammengeschlagen. Ähnliche Vorgänge passierten in Neunkirchen...

Abg. Lieser:

Bis zum Jahre 1933 gab es keine Saarfrage, gab es keinen Streit und keine Meinungen über die Rückgliederung. Es ist das „Verdienst“ eines Adolf Hitler, der die Saarfrage zu einem Weltproblem gemacht hat. Neben dem Eintreten Kuhlands in den Völkerbund, wenn Sie es auch vorher so belächelt haben, ist heute in Genf die wichtigste Frage die Rückgliederung des Saargebietes. Zwei Fronten stehen sich nun dank der Innen- und Außenpolitik eines Adolf Hitler gegenüber. 99 Prozent und 1 Prozent. Denn Adolf Hitler hat es doch selbst auf Ehrenbreitstein am 26. August gelagt: „99 Prozent werden am 13. Januar 1935 für das „dritte Reich“ stimmen. Da ist doch die Frage gestattet: Warum geben Sie sich denn so viele, so kolossale Mühe, auch noch das eine Prozent herumzubringen, warum die große Angst vor diesem einen Prozent. Vor der Gleichschaltung, als die Zentrumspartei noch bestand, als sie ihren Selbstmord noch nicht durchgeführt hatte, da meldete der deutsche amtliche Rundfunk, da waren die Marxisten alle Augenblicke tot, jeden Tag konnte man dreißig bis viermal hören: Der ist übergetreten, jener ist übergetreten, eine richtige Lügenmethode, der Marxismus wurde jede Woche dreißig bis viermal totgelagt. Heute wird die Einheitsfront totgelagt. Dasselbe haben wir in der letzten Woche auch von dem Frankfurter Sender gehört. Und trotzdem sehen wir, daß von der „deutschen Front“ jeden Tag ein schärferer Kampf gegen die bereits Totgelagten geführt wird. Es muß da etwas nicht in Ordnung sein.

Denkschriften über Denkschriften gehen von der „deutschen Front“ an den Völkerbund nach Genf. Warum denn, meine Herren, eine Denkschrift an die andere? Warum denn eine Delegation um die andere nach Genf beordern. Ihr habt doch 99 Prozent (?), warum denn der ganze Streit?

Sie haben in Ihrer Denkschrift oder in Ihrer Presse angezweifelt, daß das richtig ist, wenn wir gesagt haben, daß eine ganze Masse Nichtabstimmungsberechtigter in die Liste hineingekommen ist. Meine Herren, fragen Sie mal selbst in Ihren eigenen Auskunftsstellen, die können es Ihnen am besten erzählen, wie man Nichtabstimmungsberechtigter in die Abstimmungslisten hineinschmuggeln kann. Aber Sie brauchen als Abgeordnete die amtliche Zählung vor sich. Sie brauchen nur den Bericht des Staatlichen Amtes des Saargebietes nachzublättern, da finden Sie die Zahl, und ganz genau geschätzt, meine Herren, wenn es Tatsache sein sollte, daß 20000 Abstimmungsberechtigter in der Liste stehen, so können Sie selber sich anschauen, daß mindestens 20000 hineingeschmuggelt worden sind. Bitte, vergleichen Sie selber die Zahlen, die auch Sie nachhelfen bekommen haben, dann können Sie es selbst erkennen.

An die Abstimmungscommission richten wir von dieser Stelle aus die Aufforderung: Genau nachzuprüfen, um die Hineingeschmuggelten aus den Abstimmungslisten wieder herauszubringen.

Sie verlangen Anebelung der Presse im Saargebiet so wie es die Einheitsfront angeht, weil die „Freiheit“ das tote Staatsoberhaupt, Hindenburg, beschimpft haben soll. Ja, tote Staatsoberhaupt, hat Hindenburg die Treue gehalten? Ich meine Herren: Hat Hindenburg die Treue gehalten? Ich meine, das habt doch Ihr vom Zentrum alle deutlich verneint, das habt doch Ihr vom Zentrum alle deutlich verneint? Haben wir nicht trenn zusammengekommen damals? Haben wir nicht trenn zusammengekommen damals als millionenfache Wähler, und haben Hindenburg gegen

Hitler gewählt? Und Hindenburg ist hingegangen und hat Hitler gegen Sie als Reichskanzler eingesetzt in einem Augenblick, wo man Dr. Brüning einen kalten Abgang bereitet

Knox gegen „deutsche Front“ Eine Antwort von äußerster Schärfe

Das Saarbrücken, 14. Sept. Die Regierungskommission hat am 30. August die Denkschrift der „deutschen Front“ vom 18. August mit folgendem Bericht weitergereicht:

Herr Generalsekretär,
Ich beehre mich, Ihnen in der Anlage eine unterm 18. August an den Völkerbundrat gerichtete Eingabe der „deutschen Front“ zu übermitteln:

Die Regierungskommission erachtet es für unnötig, erneut Behauptungen im einzelnen zu widerlegen, die zum größten Teil unrichtig und tendenziös sind, und bezüglich deren sie im übrigen in den vergangenen Monaten wiederholt Gelegenheit hatte, ihre Ansicht dem Räte zum Ausdruck zu bringen.

Sie wird in der Hauptsache behauptet sein, klarzustellen, wie sehr die Ausführungen der „deutschen Front“ über die Verfassung und Anwendung der am 1. Juli 1934 in Kraft getretenen Amnestieverordnung irrig, wenn nicht offenkundig wahrheitswidrig sind.

Fast wörtlich

Zunächst in diese Verordnung, abgesehen von einigen geringfügigen Änderungen, fast wörtlich aus einem Reichsgesetz vom 20. Dezember 1932 übernommen worden. Genau wie dieses Amnestiegesetz umfaßt die von der Regierungskommission erlassene Verordnung alle Vergehen, die nicht ausdrücklich durch den Gesetzeswortlaut von der Wohltat der Amnestie ausgeschlossen sind. Die Feststellung enthält daher nicht das Interdikt, daß über die Tragweite der genannten Verordnung nicht der geringste Zweifel bestehen konnte, denn ein Artikel der Verordnung enthält eine Aufzählung mit näherer Bezeichnung aller Vergehen und Verbrechen, die nicht unter die Amnestie fallen. Selbst ohne grobe juristische Kenntnisse (und es darf belläufig bemerkt werden, daß einer der Unterzeichner der Eingabe, der Jurist ist, seit vielen Jahren den Beruf eines Rechtsanwalts ausübt) war somit jedermann in der Lage, die wirkliche Tragweite der Verordnung sehr genau zu bestimmen. Zudem hat in der betr. Kommissionsberatung des Landesrats der Staatskommissar — entgegen den Behauptungen der „deutschen Front“ — ausdrücklich erklärt, daß Reineidsverfahren, wie in der Reichsgesetzgebung, in die Amnestie einbezogen seien.

Feststellungen

Andererseits berührt die Feststellung eigenartig, daß die Deutsche Front offensichtlich anzunehmen vergaß, daß Mitglieder verschiedener politischer Richtungen, infolgedessen auch Personen, die der Deutschen Front nicht fernstehen, in weitgehendem Maße und wegen sehr schwerwiegender Handlungen der Vorstufe der fraglichen Verordnung teilhaftig geworden sind. So ist — um nur ein Beispiel anzuführen — eine Person, die durch den Obersten Gerichtshof des Saargebietes wegen Begünstigung der Entführung eines Saarländers zu einem Jahr Gefängnis verurteilt worden war, einige Tage nach ihrer Verurteilung wieder in Freiheit gesetzt worden.

Botschaft von Paula Wallisch

Dem O.N.D. wird aus Brünn berichtet: Paula Wallisch, die Witwe des Märtyrers der steirischen Arbeiter, Koloman Wallisch, ist von der Regierung Dörflich-Schuschnigg auch nach der Hinrichtung ihres Mannes im Gefängnis behalten worden, obwohl sie an schweren Lähmungserscheinungen erkrankt ist. Sie wurde zu einem Jahr schweren Kerkers verurteilt. Wegen ihrer Krankheit wurde ihr Strafausschub gewährt. Sie ist nun vollständig genesen und am 30. August in einem Flugzeug von Jugoslawien nach Bratislava und von dort nach Brünn gekommen. Von dort hat sie den österreichischen Arbeitern und Arbeiterinnen folgenden Gruß gesendet:

Liebe Genossen und Genossinnen!
Seitdem ich das berühmte Veohener Kreisgericht verlassen habe, sind wir im Sanatorium Eggenberg bei Graz im Erholungsheim Vahnitzhöhe und in Maribor unzählige Beweise der Liebe, Treue und Anhänglichkeit entgegengebracht worden, wofür ich allen von dieser Stelle aus herzlich danke. Niemals hätte ich soviel Leid, Schmerz und Trauer ertragen, wäre ich nicht überzeugt, daß es überall Menschen gibt, die mit mir fühlen und mein Schicksal teilen.

In meiner letzten Stunde gab mir mein Mann noch den Aufruf: allen Genossen und Genossinnen noch Tonk für ihre bisherige Mitarbeit zu sagen, sie zu bitten, so wie bisher mutig und tapfer weiterzukämpfen für die Befreiung des Proletariats. Mutig und tapfer ging er zum Galgen in der letzten Ueberzeugung, daß ein revolutionäres Proletariat wohl zeitweilig geschlagen, nie aber besieg werden kann. Große Opfer haben wir alle gebracht, doch hätten wir niemals die Errungenschaften und die Freiheit, die wir doch zumindest eine Zeitlang hatten, genießen können, hätten unsere Vorkämpfer nicht auch große Opfer für uns gebracht.

Wenn man sich Sozialist nennt, so ist damit auch die Pflicht verbunden, Pionierarbeit zu leisten, um der leidenden Menschheit zu helfen. Dumme und beschränkte Leute (sogar oft: Väter) Euch nicht mit der Politik ein oder halbes Weisheit zu den Stärkeren.“ Das ist nicht unsere Natur. Das steht nicht in unserem Belieben.

Wir müssen unserer inneren Ueberzeugung folgen, das heilige Feuer, das in unseren Herzen brennt, treibt uns vorwärts. Wir tragen ein Ideal im Herzen; für dieses Ideal wollen wir leben, kämpfen und auch sterben, wenn es sein muß.

Wir sind Revolutionäre, das heißt Menschen, die auf tiefste durchdrungen sind von der Erkenntnis der Schandlichkeit und der Abscheulichkeit der herrschenden Zustände, die Millionen Menschen unverschuldet zu Leid, Not und Unheil verurteilen. Wir wollen die Welt verbessern, wollen den Menschen eine schönere, glücklichere Heimat und ein mächtiges Vaterland schaffen, und dienen darum der Sache des Sozial-

hat, der rechtzeitig gemerkt wurde und einen Urlaub nach England angetreten hat, sonst wäre er unter den Dofern, deren Liste leider bis zum heutigen Tage noch nicht veröffentlicht ist, gewesen. Warten Sie nicht darauf, die Liste wird nie veröffentlicht werden, sonst würde man gewahr werden, welche schrecklichen Verbrechen am 30. Juni 1934 im „dritten Reich“ begangen worden ist.

Nach 100 Tage, hat Herr Becker gesagt. Jawohl, Herr Becker, und jeder, meine Herren von der „deutschen Front“, nach 100 Tage, dann ist aber bestimmt Ihr Spuk um. Das eine Prozent wird wachsen. Sie werden am 13. Januar Ihr blaues Wunder erleben. Und der Sieg wird unser sein.

Anderer Verfahren dieser Art, die sich in der Unternehmung befinden, sind gleichfalls durch die Amnestie eingeleitet worden. Schließlich möchte die Regierungskommission hervorheben, daß die Durchsicht der bei der Durchsicht der Geschäftsstelle der „deutschen Front“ beschlagnahmten Schriftstücke den Nachweis erbracht hat, daß ohne die Amnestieverordnung sehr zahlreiche Unternehmungen gegen Mitglieder der „deutschen Front“ hätten vorgehen werden müssen wegen bedenklicher Handlungen, die unter die Strafgesetze fallen, aber vor dem 11. Juni 1934 begangen worden waren.

Um ein vollständiges Bild von der praktischen Bedeutung der in Frage stehenden Verordnung zu geben, teilt die Regierungskommission nachstehend die amtliche Statistik mit:

1. Politische Straftaten:	
a) Erlass von Geldstrafen in	748 Fällen;
b) von Gefängnisstrafen in	100 Fällen;
c) Einstellung schwebender Verfahren in	882 Fällen.
2. Anfolge wirtschaftlicher Not begangene Straftaten:	
a) Erlass von Geldstrafen in	4977 Fällen;
b) von Gefängnisstrafen in	2300 Fällen;
c) Einstellung schwebender Verfahren in	1742 Fällen.

Zu dem Abschnitt der Denkschrift, der sich mit der saarländischen Presse und gewissen Zeitungsverboten befaßt, bezieht sich die Regierungskommission, die ihr vom Deutschen Auswärtigen Amt unterm 14. August 1934 überlieferte Verbalnote, die ebenfalls auf die saarländische Presse Bezug hat, zur Information des Rates dem vorliegenden Schreiben in Abschrift beizulegen. Gleichfalls beigelegt ist eine Abschrift der Antwortnote, welche die Regierungskommission unterm 21. August 1934 an das Auswärtige Amt gerichtet hat.

Ueber die Haltung der Beamten hat die Regierungskommission bereits zu wiederholten Malen Gelegenheit, sich in eingehender Weise zu äußern. Sie bekennt sich mit der Feststellung, daß die „deutsche Front“ sonderbarerweise aus der Rolle einer Abstimmungsparterie zu fallen scheint, wenn sie vorab behaupten zu können, die Regierungskommission erteile dem oder jenem ihrer Beamten Aufträge vertraulicher Art.

Die Beweise

In bezug auf die in verschiedenen Büroräumen der „deutschen Front“ vorgenommenen Durchsuchungen hat die Regierungskommission bereits über die ersten Ergebnisse dem Räte im einzelnen Bericht erstattet, und durch die Veröffentlichung einiger beschlagnahmten Schriftstücke ist die Berechtigung der auf Grund der bestehenden Gesetze angeordneten Polizeimaßnahmen reichlich nachgewiesen. Wenn auch die Tatsache zu verzeichnen ist, daß im Anschluß an diese Maßnahmen ein Untersuchungsrichter eine außerordentlich hohe Anzahl von Verurteilungen treffen konnte, so steht nichtsfest, daß die Maßnahmen demgegenüber sein, daß die Führer der „deutschen Front“ den ihnen unterlassenen prozeduralen Irrtum erlanni zu haben scheinen, denn sie haben nunmehr die Verwaltungsgeschäftsbearbeitung angerufen.

Genehmigen Sie usw.
gez.: G. G. Knox
An den Herrn Generalsekretär des Völkerbundes.

ismus, der nach unserer unerschütterlichen Meinung und heiligen Ueberzeugung berufen ist, die Menschen in eine schönere und bessere Welt zu führen.

Diese heilige Ueberzeugung haben soziale mit ihrem teuren Blute besiegelt. Nie können solche Opfer verloren gehen, nie werden wir diese Opfer vergessen, die ihrer Ueberzeugung, die der Sache der Menschheit gebracht wurden.

Auch müssen wir unseren Geist freibalten, frei von äußeren und von inneren Fesseln, von Vorurteilen und Aberglauben. Förfraßen und Gerüchte sind dazu angetan, Menschen, die uns nahesteht, in ihren persönlichen Gefühlen zu kränken. Nicht Rasengenossern wollen wir unseren Kampf anlassen, nein, dem Kapitalismus und seiner Folgeerscheinung, dem Faschismus.

Darum, Arbeiter und Arbeiterinnen des Kopfes und der Hand, schließt eine Front gegen unseren Feind! Helft mit, unsere unsterblichen Opfer zu rächen! Es muß der Tag der Vergeltung und der Befreiung kommen! Wenn man auch glaubt, das Proletariat vernichtet zu haben, so ist es eine große Täuschung. Auch im „besiegten“ Österreich lebt es, wird es weiter kämpfen und schließlich siegen!

Haltet aus, bleibt tapfer, kämpft weiter! Denn die Freiheit ist das kostbarste Gut. Man lernt sie erst schätzen, wenn man sie verloren hat.

Mit einem herzlichen „Freiheit!“
Paula Wallisch.

Bürgermeister Seltz

Der Gefangene muß seine Bewachung bezahlen

Dem O.N.D. wird aus Wien berichtet: Das Spiel, das sich die Regierung Schuschnigg-Starbendera mit dem noch immer als Untersuchungsgefangener behandelten Bürgermeister Seltz erlaubt, wächst sich nachgerade zu einem europäischen Skandal aus. Da Seltz schwerkrank ist, mußte er in eine Heilanstalt gebracht werden. Dort muß er nicht nur die Kosten seines Aufenthaltes und seiner Behandlung bezahlen, sondern er muß auch der österreichischen Regierung einen Erlaß für die Kosten seiner Bewachung im Spital leisten. Vor dem Krankenlager heben Tag und Nacht zwei Kriminalpolizisten. Da für eine Stunde Bewachung durch einen Kriminalpolizisten drei Schilling berechnet werden, muß Seltz täglich 144 Schilling an Bewachungskosten an den österreichischen Staat bezahlen. Noch bevor Seltz in die Heilanstalt transportiert wurde, mußte seine Gattin, eine pensionierte Lehrerin, ein Depot von 3000 Schilling erleiden. Diese große Summe ist in 25 Tagen aufgebraucht worden. Seltz hat erklärt, daß er völlig vermögenslos und außerstande ist, die Bewachungskosten aufzubringen. Er hat daher verlangt, in die Rolle des Landesgerichtes zurückgebracht zu werden.

Seltz wird weiter in Untersuchungshaft gehalten, obwohl überhaupt niemand mehr daran zweifelt, daß der Hochverrats-Prozess gegen den ersten Präsidenten der österreichischen Republik überhaupt niemals stattfinden wird.

Deutschlands Metallsorgen

Die „Kölnische Zeitung“ berichtet:
 Im Zusammenhang mit der in diesem Monat durch neue Fördermaßnahmen eingeleiteten Steigerung der deutschen Zink- und Bleigewinnung ist ein Ueberblick über die Versorgungslage der deutschen Metallindustrie bei den übrigen Nichteisenermetallen angebracht. Bisher stand im deutschen Verbrauch an führender Stelle das Kupfer. Die deutsche Kupferhüttenherzeugung stieg zwar im Juli auf 4106 Tonnen gegen 3400 Tonnen im Juni, aber die Gewinnung von Raffinade- und Elektrolytkupfer ging von 15 831 Tonnen im Juni auf 13 916 Tonnen im Juli zurück. Die Gesamtzeugung der ersten sieben Monate war mit fast 106 000 Tonnen Raffinadekupfer allerdings wesentlich höher als die vorjährige (knapp 90 000 Tonnen). Es ist keine Frage, daß die Kupferbewirtschaftung die erste Aufgabe für die Metallüberwachungsstelle darstellt. Die Lösung wurde zu einem Teil dadurch herbeizuführen gesucht, daß Kupfer im Verbrauch durch Aluminium und seine sehr mannigfaltigen Legierungen soweit als möglich ersetzt wird. Es ist jedoch noch nicht möglich, festzustellen, in welchem Ausmaß Aluminium als Austauschwerkstoff für Kupfer eintreten kann.

Man schätzt die Einsparungsmöglichkeiten bei Kupfer infolge der bisher getroffenen Verbrauchsbeschränkungen auf 10 000 bis 20 000 Tonnen im Jahr, an deren Stelle 4000 bis 8000 Tonnen Aluminium treten würden.

Der gegenwärtige Gesamtverbrauch an Kupfer dürfte sich aber auf mindestens 180 000 Tonnen jährlich belaufen. Es muß also geprüft werden, ob noch weitere Verwendungsmöglichkeiten für Kupfer abgebaut und an das Aluminium abgetreten werden könnten. Eine solche Klärung wäre auch im Interesse des Ausbaus der Aluminiumherzeugung notwendig, da man kaum zu Betriebserweiterungen bei den deutschen Aluminiumhütten übergehen kann, wenn man nicht ihre Rentabilität auf längere Frist gesichert weiß. Die deutsche Aluminiumherzeugung hat naturgemäß in diesem Jahr eine starke Erhöhung erfahren; sie dürfte wahrscheinlich erheblich über 40 Prozent der Leistungsfähigkeit (wie verschiedentlich angenommen wird) liegen. Gegenüber einer Aluminiumgewinnung von 18 400 Tonnen im Jahre 1933 kann man sicherlich für 1934 mit einer Jahreserzeugung von etwa 35 000 Tonnen rechnen (bei einer Gesamtleistungsmöglichkeit von etwa 50 000 Tonnen). Der Verbrauch dürfte voraussichtlich ebenso hoch sein, gegen 27 500 Tonnen im Vorjahr.

Aehnlich wie bei Kupfer ist die Lage auch bei Blei, das in Deutschland nicht in ausreichender Menge gewonnen werden kann. Bekanntlich wird auch in der deutschen Bleiproduktion jede Anstrengung gemacht, die Gewinnung zu erhöhen, um die Einfuhr zu sparen. Die deutsche Bleierzeugung betrug bis Ende Juli insgesamt 71 100 Tonnen gegen 66 800 Tonnen in der gleichen Vorjahreszeit. Damit soll die deutsche Jahresleistungsmöglichkeit zu etwa 60 Prozent ausgenutzt sein. Eine höhere Ausnutzung der deutschen Bleihütten-Anlage bei Blei würde nicht nur eine stärkere deutsche Bleierzeugung, sondern auch eine Erhöhung der Erzeinfuhr bedingen. Man rechnet damit, daß, wenn die Einfuhrhemmungen wegfallen könnten, die deutschen Bleihütten den Inlandbedarf zu etwa 80 Prozent decken könnten. Austauschmöglichkeiten sind natürlich auch bei Blei vorhanden; sie haben aber ihre Grenzen bei bestimmten Verwendungszwecken, wo vornehmlich die Weichheit und Biegsamkeit des Bleis eine besondere Rolle spielt.

Es bleibt dann noch Zinn. Hier kann man die Leistungsfähigkeit der deutschen Hütten auf 90 Prozent des Jahresverbrauchs schätzen. Die deutschen Zinnhütten sollen gegenwärtig zu 40 Prozent beschäftigt sein.

Es ist zweifelhaft, ob es gelingt, die Erzeugung von Zinn zu steigern; die Entdeckung neuer bedeutender Zinnvorkommen in Deutschland ist unwahrscheinlich, und die Beschaffung von Zinnerzen aus dem Ausland dürfte nicht nur durch die Devisenlage, sondern auch durch die internationale Zinnrosselung sehr erschwert bzw. unmöglich gemacht sein. Der deutsche Zinnverbrauch schwankte in den letzten Jahren zwischen 11 000 und 17 000 Tonnen, die Hüttenherzeugung zwischen 3000 und 7000 Tonnen. (Die Erzeugung ist mit etwa 100 Tonnen völlig unbedeutend.) Im letzten Jahr stand einem Rohzinnverbrauch von 15 600 Tonnen eine Zinnerzeugung von 4500 Tonnen gegenüber. Die Erzeugung wird also die Bedarfslücke wohl kaum schließen können. Es bestehen aber Aussichten dafür, daß Zinn durch andere Metalle, vor allem Aluminium, in vielen Fällen wird ersetzt werden können.

Auch Zinn!

Die Ueberwachungsstelle für unedle Metalle veröffentlicht eine Berichtigung des § 4 der Anordnung 10 betreffend die Beschränkung des Zinnverbrauchs für Inlandware, weil nach dem Wortlaut der Veröffentlichung vom 16. August Mißdeutungen möglich erscheinen.

Duisburg verfällt

Ueber den Verfall des Geschäftes in der niederrheinischen Hafenstadt Duisburg lesen wir in der „Westfälischen Landeszeitung“: „Die Nachfrage nach Schiffsraum aus dem freien Markt ist sehr klein. Bergwärts werden kaum Schiffe verlangt, und im Talverkehr beschränken sie sich auch nur auf verhältnismäßig wenige Schiffe arbeitstäglich. Partikulierschiffe . . . müssen bis zu vier Wochen liegen, ehe sie eingeteilt werden können. Die Ruhrorter Reede liegt zu beiden Seiten wieder voll von leeren Schiffen. . . . Troß der kürzer werdenden Tage macht sich noch kein Nachlassen des Leerangebotes bemerkbar. Es sind Schiffe in allen Größen und Typen auf dem Markt. . . .“

Wer zu billig verkauft . . .

Der Breslauer Textilfachverband schloß seine Mindestankündigungspreise mit der zackigen Feststellung: „Wer gegen obige Anordnung verstößt, bricht Standeshonore und Wett-

Hitlers „Wirtschafts-Siege“ auf dem Parteitag

Von Jan Severin

Obwohl der Nürnberger Parteitag der NSDAP. zum weitest- ausgrößten Teil mit militärischen Aufmärschen und mit Verkündigungen der tausendjährigen Lebensdauer des heute in Deutschland herrschenden Regimes ausgefüllt war und obwohl man unter den zwölf Sondertagen nur eine einzige, und zwar die kürzeste, für die Behandlung der Wirtschaftsfragen reservierte, sah sich Hitler doch gezwungen, vor seinen Anhängern die bisher auf dem Felde der Wirtschaft erreichten Siege aufzuzählen. Der Widerspruch zu der tatsächlichen Lage, in der sich Deutschland heute befindet, war aber so groß, daß die gleichgeschaltete Presse über diesen, eigentlich wichtigsten Teil aller Ausführungen, die das bisher angeblich wirklich Erreichte zeigen sollten, zu meist kurz oder mit Schweigen hinwegging.

Einer dieser Hauptpunkte besteht in der Erklärung: „Die Maßnahmen der Arbeitsbeschaffung sind, im großen gesehen, von einem unerhörten Erfolg begleitet gewesen.“ Der eigentliche Erfolg besteht bei nüchterner Betrachtung der heutigen Lage darin, daß man nach scharfen Kürzungen der Arbeitszeit in einer immer größeren Reihe von Betrieben zu Entlassungen schreitet, und daß die meisten Fabriken nur noch damit beschäftigt sind, die letzten vorhandenen Rohstoffe aufzuarbeiten. Noch vor 2 Monaten verkündete man, daß die Voreindeckungen mit ausländischen Rohstoffen den Bedarf auf mindestens fünf Monate sichern. Sochen aber ist man gezwungen, zuzugehen, daß sich die Baumwollvorräte der deutschen Spinnereien am 31. Juli auf 217 000 Ballen gegen 265 000 Ballen im Vorjahre belaufen, und daß diese Lager für die jetzt so stark gedrosselten Betriebe noch für zwei Monate ausreichen. Wie große Schwierigkeiten es macht, die Arbeiterentlassungen in gewissen Grenzen zu halten, geht am deutlichsten aus der neuesten Verordnung hervor, nach der alle jungen Arbeiter und Angestellten unter 25 Jahren ihren Arbeitsplatz zugunsten der älteren verlassen und in die Arbeitsdienstlager geschickt werden sollen. Für jeden der als Ersatz eingestellten Arbeiter von über 40 Jahren wird eine Entschädigung aus der Reichskasse gezahlt, weil „vorauszusehen sei, daß diese alten Leute nicht mehr das vorschrittmäßige Arbeitsquantum leisten“. Die in den Arbeitsdienstlagern untergebrachten jungen Leute werden natürlich auch aus Steuergeldern erhalten, so daß diese ganze Transaktion Riesenbeträge kosten muß, die neuerdings durch Arbeitsbeschaffungswechsel aufgebracht werden müssen. Ob es wirklich gelingt, alle auf diese Weise entlassenen jüngeren weiblichen Arbeitskräfte als Hausgehilfinnen unterzubringen, ist mehr als unwahrscheinlich. Auch hier also ergeben sich neue gewaltige Kosten. In Wirklichkeit werden alle diese jungen Leute arbeitslos. Trotzdem wird man wahrscheinlich in den nächsten Wochen statt einer Steigerung der Erwerbslosenziffer um eininhalb Millionen eine Senkung dieser Ziffer veröffentlichen. Gerade diese im Augenblick erfolgende Maßnahme gibt ein typisches Beispiel für die Berechtigung der in Nürnberg aufgestellten Behauptung von dem „unerhörten“ Erfolge der Arbeitsbeschaffung und der enormen Senkung der Arbeitslosenziffer.

Gleichzeitig hat der Reichskanzler in Nürnberg verkündet: „Die deutsche Mark ist stabil geblieben, und dies trotz aller Exportschwierigkeiten.“ Was von der Stabilität der offiziellen Reichsmark zu halten ist, bildet schon seit langem kaum mehr Gegenstand irgendwelcher Zweifel im Auslande. Sie hat einen von der Reichsbank selbst bestimmten Liebhaberwert, wie alle unverkäuflichen Dinge, da man sie im Auslande zum Bezuge deutscher Waren, der über die Clearings- bzw. über Sperrmarkzahlungen erfolgt, nicht benötigt. Eine bessere Illustration zu dieser Behauptung von der Stabilität der Mark, die übrigens vor der Machtergreifung des heutigen Regimes und einer Zeit, als immerhin noch ein sehr beträchtlicher Teil der Auslandsschulden gezahlt wurde,

tatsächlich vorhanden war, bieten die Sperrmarkkurse. Sie zeigen heute ein Disagio, das für die einzelnen Sorten zwischen 64 und 69 Prozent liegt. Die für Käufe in Deutschland tatsächlich verwandte Sperrmark hat also nur noch ein Drittel des eigentlichen Goldwertes der Reichsmark. Die im deutschen Inland frei zu erwerbende sogenannte „Exportvaluta“ hat ein Aufgeld von jetzt zirka 160 Prozent, so daß derjenige, der sie kaufen will, mehr als das zweieinhalbfache des amtlichen Berliner Kurses für Dollars, Pfunde, Gulden usw. zahlen muß. Mindestens ebenso kommt die Unrichtigkeit der Behauptung von der Stabilität der Mark auch in den ständig steigenden Inlandspreisen zum Ausdruck, die in einem krassen Gegensatz zu dem ständigen Sinken der Löhne steht. Diese Tenerungswelle beginnt sich in den letzten Wochen auch bereits auf die früher aus dem Auslande eingeführten Rohstoffe auszudehnen. Selbst die offiziellen Notierungen an den deutschen Warenmärkten können dies trotz aller Manipulationen nicht mehr verschweigen. So liegt der Zinkpreis in Deutschland bereits offiziell um 25 Prozent höher als am Weltmarkt, und derjenige von Blei sogar schon um 38 Prozent.

Weiter hat Hitler in Nürnberg erklärt, daß die deutschen Sparguthaben „gewaltig zunehmen“. Die Abhebungen bei den Sparkassen sind von Monat zu Monat größer als die Einzahlungen. Besonders deutlich zeigt sich aber die wahre Lage an dem kürzlich veröffentlichten Ausweis der Berliner Banken per Ende Juli, nach dem die Einlagen eine Verminderung um 107 Millionen RM. erfahren haben. Man behauptet zwar, daß zirka 40 Millionen RM. für das Ausland flüchtig gemacht worden. Auch dazu bleibt noch eine Verminderung um annähernd 70 Millionen. Für diesen sich von Monat zu Monat verschärfenden Kreditorenschwund gibt es nur zwei Erklärungen: Entweder sind die Einleger gezwungen, ihre Bankguthaben nach und nach zur Aufrechterhaltung ihrer Betriebe oder für die eigene Lebenshaltung abzubeheben, oder aber die Einlagen werden aus Mangel an Vertrauen zur Währung zurückgezogen. Da die Hamsterkäufe bei ständig steigenden Preisen fortgesetzt zunehmen — allein in der Konfektion zeigt sich eine Umsatzerhöhung um 31 Prozent gegenüber dem Vorjahre, und die Publikationskäufe in der Möbelbranche haben sich sogar in einem einzigen Monat um volle 100 Prozent erhöht! —, ergeben sich für beide Erklärungen Anhaltspunkte. Als Erfolge der Hitlerdeutschen Wirtschaftspolitik sind sie aber jedenfalls nicht anzusehen.

In einem ebenso krassen Widerspruch zur Wirklichkeit steht die in Hitlers Nürnberger Rede aufgestellte Behauptung von der ständigen Zunahme der Beiträge und Steuern sowie der Besserung der Staatsfinanzen. Auch hier bieten die soeben veröffentlichten neuen Angaben für Juli einen klaren Beweis. Die Reicheiseinnahmen haben sich in diesem Monat tatsächlich von 473,8 auf 563 Millionen RM. erhöht. Dieser Steigerung von 94,2 Millionen steht aber eine solche der Ausgaben von 504 auf 717 Millionen RM. gegenüber. In diesem einen Monat Juli ist also das Defizit neuerdings um 118,6 Millionen gewachsen, so daß sich das Gesamtdefizit seit Beginn des Etatjahres jetzt auf nicht weniger als 1790 Millionen RM. erhöht hat, um die das bisherige riesige Defizit also wieder gestiegen ist. Allein für diese letzten Monate ist aber noch das sehr große weitere Defizit des außerordentlichen Budgets von 2,5 Milliarden RM. zu berücksichtigen. Dabei sind alle zukünftigen Einnahmequellen vorweggenommen. — Das nüchterne Bild der Wirklichkeit sieht also sehr viel anders aus als dasjenige, das Hitler auf dem Nürnberger Parteitag als Resultat der Wirtschaftspolitik des „dritten Reiches“ entworfen hat. Selbst die überzeugtesten Nationalsozialisten in Deutschland dürften, wenn sie rechnen können, kaum noch behaupten, daß diese Wirklichkeit besser ist als das, was man in Nürnberg so stolz vorgewiesen hat.

Ewerbamoral und hat die Folgen zu tragen.“ Gegen diese Drohung wandte sich eine Breslauer Firma an die Landgerichtskammer für Handelssachen, um eine einstweilige Verfügung zu erzielen, die dem Verband derartige Drohungen untersage. Das Gericht hat die Erlassung einer Verfügung abgelehnt, so daß also die Drohung zu Recht besteht.

Marxlöhne und Hitlerlöhne

Gleichgeschaltete Zeitungen bringen eine Uebersicht der Lohnentwicklung in der rheinischen Bimsindustrie. Die Aufstellung sieht so aus:

Zeit	Stundenlohn	Zeit	Stundenlohn
15. 1. 1924	0,42	1. 7. 1929	0,74
1. 7. 1924	0,45	1. 1. 1930	0,74
1. 1. 1925	0,60	1. 7. 1930	0,74
1. 7. 1925	0,60	1. 1. 1931	0,74
18. 1. 1926	0,60	1. 7. 1931	0,68
1. 7. 1926	0,60	1. 1. 1932	0,60
1. 1. 1927	0,65	1. 7. 1932	0,55
1. 7. 1927	0,65	1. 1. 1933	0,55
1. 1. 1928	0,70	1. 7. 1933	0,55
1. 7. 1928	0,70	1. 1. 1934	0,55
1. 1. 1929	0,70		

Klarer Aufstieg in den Zeiten der „marxistischen Mißwirtschaft“, Absturz, seitdem der Einfluß der Gewerkschaften zurückgedrängt ist. Geht es nun wenigstens den Unternehmern besser? Nein, auch ihnen geht es schlechter, sagt die „K. Z.“. Dafür haben nun aber Unternehmer und Arbeiter das dritte (Bankrott-)Reich.

Die Schrumpfung des Welthandels

wird durch folgende Zahlen gekennzeichnet. Der Wertumsatz des Welthandels betrug 1929: 284,1 Milliarden, 1930: 228,8, 1931: 163,9, 1932: 109,8 und 1933 nur noch 99,1 Milliarden. Damit bewegen sich die Umsätze bereits auf einem Stand wie am Anfang des Jahrhunderts. Die internationalen

Tauschbeziehungen sind danach um 30 Jahre der Entwicklung, um den Fortschritt einer ganzen Generation, zurückgeworfen worden.

Verlorener Spielwarenmarkt

Die Ausfuhr der deutschen Spielwarenindustrie nach den Vereinigten Staaten zeigt im laufenden Jahr eine noch weit ungünstigere Entwicklung als in den an sich schon höchst unbefriedigenden Vorjahren. Die nachstehend veranschaulichte Entwicklung der deutschen Spielzeug- und Christbaumschmuckausfuhr nach Amerika läßt erkennen, daß die sonst in den Monaten Juni und Juli stets schon in vollem Gang befindlichen Vorbereitungen für das große Weihnachtsgeschäft diesmal so gut wie ganz ausgeblieben sind.

Ausfuhr nach USA in dz	1931	1932	1933	1934
Mal	3 352	1 401	870	166
Juni	5 699	2 891	785	328
Juli	8 573	5 591	2 127	568
7 Monate	25 168	21 842	11 062	4 695

Die Ursache der scharfen Schrumpfung der deutschen Spielzeugausfuhr nach den Vereinigten Staaten dürfte neben den hohen amerikanischen Schutzzöllen auch in der Beeinträchtigung der deutschen Wettbewerbsfähigkeit durch die Dollarentwertung, in der Verschärfung der ausländischen und insbesondere des japanischen Wettbewerbs und nicht zuletzt wohl auch in dem gerade im amerikanischen Spielwarenhandel teilweise äußerst hartnäckig betriebenen Boykott deutscher Erzeugnisse zu suchen sein.

Neues Zwangsclearing

Die „Frankfurter Zeitung“ berichtet: Privaten Meldungen aus Bogota zufolge hat die kolumbianische Regierung zu dem Zahlungsverkehr mit Deutschland ein Zwangs-clearing verfügt, das bereits am 5. September in Kraft getreten ist. Diese Nachricht bedeutet eine neue Enttäuschung der Exportkreise.

Meine Gefangenschaft

Von
Joseph Caillaux

Joseph Caillaux, der bedeutende Franzose, Minister und Kabinettschef schon vor dem Kriege, stand während des großen Ringens in seinem Lande unter schwerem Verdacht. Er sollte heimlich mit den Gegnern seines Vaterlandes im Bunde gewesen sein. Er wurde am 14. Januar 1918 verhaftet und saß lange im Gefängnis in Untersuchung. Seine politischen Gegner, zu denen vor allem Poincaré und Clemenceau gehörten, rechneten mit seiner sicheren Vernichtung. Es kam anders. Im April 1920 wurde er freigesprochen und rehabilitiert.

Das Buch von Joseph Caillaux: „Meine Gefangenschaft“ erschien Anfang 1921. Es gibt ein sehr lebendiges Bild der französischen Zustände und Problem in jenen kritischen Jahren — der Probleme und der Intrigen. Wir entnehmen ihm einige besonders lebendige Abschnitte.

Joseph Caillaux ist heute noch sehr aktiver Finanzsachverständiger der radikalsozialistischen Partei. Wir stellen seine Einleitung zu Anfang des Buches an die Spitze.

All denen, welche . . .

All denen, die mich unterstützt haben im Laufe der Prüfungen, die ich seit nahezu zehn Jahren erdulden mußte: all denen, die es mir gedankt haben, daß ich den Weltfrieden erhielt an jenem Tage, wo ich in Verfolgung einer überlieferungstreuen Politik, deren Grundzeichnung ich schärfer herausstrich, die Krise von Agadir entknotete; all denen, die während der zweieinhalb Jahre meiner Folterung mich getröstet haben durch Zurufe des Vertrauens über die Gitter meiner Gefängnisse hinweg; all denen, die mit leidenschaftlicher Aufmerksamkeit die Etappen meines Schmerzensweges verfolgt haben; all denen, die mich so prächtig verteidigt haben durch die Feder, durch das Wort, durch enthusiastische Zurufe; allen den Männern, allen den Frauen, die als meine Zuhörer vor dem Staatsgerichtshof oder als Leser meiner Verteidigungsrede mir die rührende Huldigung ihrer Sympathie darbrachten; allen den Männern, allen den Frauen, die am letzten Tage, an dem ich sprach, die Tribünen füllten und die Gewölbe des Senats widerhallen ließen von Beifall, dessen Echo sich weit über den Luxembourg hinaus fortplanzte; allen den Männern, allen den Frauen, die mich begriffen oder erraten haben, bringe ich dieses Buch dar.

Ich habe es geschrieben ohne Haß — „Mein Herz ist für die Liebe da, nicht für den Haß“, sagt die Antigone des Sophokles —, ich habe es geschrieben ohne Leidenschaft. Ich habe mich anstrengen müssen, um die Aufwallungen meines Wesens zu zügeln. Ich habe nicht gesagt, wie sehr man mich hat leiden lassen. Ich habe nur in abgeschwächter Darstellung die Behandlungsmethoden geschildert, denen ich unterzogen wurde. Ich habe nicht von den moralischen Schmerzen gesprochen, die man mich erdulden ließ.

Ach! der Schmerz der Nächte auf dem Lager der Zelle, wenn man den fliehenden Schlaf zu erhaschen sucht und daran denkt, daß eine Regierung der nackten Brutalität, nur um die niedrigen Leidenschaften zu befriedigen, die ihre Gehilfen entfesselt haben, nur um eine weit ausgreifende demokratische Bewegung zum Stillstand zu bringen, vielleicht auch auf Geheiß geheimnisvoller Eingebungen, auf alle Fälle aber, um sich mit der Rolle des Retters zu schmücken, daß eine solche Regierung gegen einen Mann, den sie vorsichtigerweise vorher einkerkerterte, die ungeheuerlichsten Anklagen zusammengeschleppt hat! Der Schmerz der Nächte, in denen man bedenkt, daß Millionen von braven Leuten die Lügen, die im Publikum verbreitet werden, annehmen könnten als brave Münze, ja, ohne Frage sie annehmen! Und man überblickt noch einmal sein Leben, und man stößt auf keine einzige Handlung, die nicht diktiert wäre durch die Liebe zum Lande, und die schärfste Gewissensprüfung bringt nicht einen einzigen Gedanken zum Vorschein, den nicht der Dienst am allgemeinen Wohl eingegeben hätte. Einzig ein Fehler: daß man von der Politik, von den Geschicken Frankreichs andere Auffassungen gehabt hat als die Herren der Stunde, daß man Wert gelegt hat auf die Vermählung des Glaubens an das Vaterland mit der Sorge um die Menschheit, großen Ueberlieferungen gemäß, daß man gleichzeitig die Gefahren jeglicher Art ins Auge gefaßt hat, denen das Vaterland ausgesetzt war, und auf alle Klippen, wie sie auch heißen mochten, den Blick gerichtet hat, daß man ängstlich die Zukunft erforscht und sich in gewissen Stunden das Wort von Vergniaud ins Gedächtnis gerufen hat: „Seid auf der Hut, daß nicht inmitten seiner Triumphe Frankreich jenen berühmten Monumenten gleiche, die in Ägypten die Zeit besiegt haben. Der Fremde, der vorbeikommt, staunt über ihre Größe. Will er aber eindringen, was findet er? Leblose Asche und das Schweigen der Gräber!“ Und da steigen nun aus der Hülle des Halbdunkels die Geister der Leute auf, die wegen der gleichen Verbrechen der Gesinnung und des Denkens gehegt wurden: die Ketyerführer, die Freidenker, näher unserem Blick die Staatsmänner der Revolution, deren Prozesse so eng verwandt sind mit dem, der am Horizonte steht, und viele andere noch; alle, alle bezichtigt dunkler Machenschaften, des Einverständnisses mit dem Feinde, gefährlicher Komplote gegen die Sicherheit des Staates, und was weiß ich? „Unerschöpflich ist das Wörterbuch der Heuchelei und der Rechtsbeugung“, rief Benjamin Constant aus. Unerschöpflich sind die Quellen der Verleumdung, sagt man sich, und neben den Malesherbes, den Vergniaud, den Danton gewahrt man die Männer, die, ohne das Martyrium der Schmachprozesse erduldet zu haben, bis aufs Blut bearbeitet wurden durch die Beleidigung, die ihnen das Leben kostete; man gewahrt Jules Ferry, Jaurès . . . große Schatten, die einen Zug bilden! Bewunderungswürdige Reihe, in der man mit Freuden Platz nehmen wird! Aber das Denken schwenkt um und würgt sich ab in der Angst der schlaflosen Nacht: wird man diesen letzten Trost haben? Die Bilder der großen Verfolgten erstrahlen auf der Leinwand der Geschichte . . . nicht alle . . . es sind Männer da, die bis ins Grab an ihre Hüften geklebt das Nessushemd der Verleumdung trugen. Leiden für die Idee, Jahre hinbringen in einem Gehenna, angeklagt oder

verurteilt wegen eines Ueberzeugungsverbrechens, ist nichts. Man kann seiner Zeit nicht dienen, ohne über sie hinauszuschreiten, und der Henker hat stets noch den Vorläufer belauert. Doch dies anzudenken: daß kraft der Lüge und ihrer Macht man im Abgrund der Schmach versinken kann, daß der Name, den man trägt, und der rein ist von aller Befleckung, mit Schlamm bespritzt werden kann . . . ein unerträgliches Leiden gibt es nicht.

Einige Worte von einem Freunde, der nicht abfällt — das ist viel bei denen, die nichts schulden —, eine Blumenwendung von einem jener Demütigen, die in den volkstümlichen Versammlungen mit einer rührenden Glut den großherzigen Tribunen Beifall spenden, die wider die haßwürdige Ungerechtigkeit sich aufbäumen, Briefe von Unbekannten, von denen die einen ihren Glauben hinausrufen, von denen die anderen von den Wirren ihres Gewissens sprechen — dies alles zerstreut den schlimmen Traum, es gibt der stummen Meinung Ausdruck, die immer noch wacht. Und nun diese stumme Meinung lückenlos zu unterrichten — aufgeklärt wurde sie bereits durch die Abwicklung des Gerichtsdrames, durch die unglaubliche Langsamkeit der Untersuchung, durch die Umgestaltung des Hochverratsprozesses in einen politischen Prozeß, durch den Zuständigkeitsverzicht des Kriegsgerichts zugunsten des Staatsgerichtshofes, durch die Debatte vor dem Senat, durch den Zusammenbruch der Anklage, durch den Jammer eines Urteilspruches, von dem einer der an ihm Beteiligten hat sagen können, daß er eine Freisprechung in Feigheit sei — darum habe ich diesen Band geschrieben.

„Ich zitiere dich vor Gottes Tribunal!“ rief dem Könige von Frankreich der Großmeister des Templerordens, Jacques

Wie ich Hauptmann von Köpenick wurde

Von Wilhelm Voigt

In Freiheit!

Ich wollte zunächst meine Schwester in ihrer Wohnung aufsuchen, sie war aber leider nicht zu Hause. Deshalb besuchte ich erst einmal die nächsten Bekannten, unter ihnen auch die Frau Riemer, mit der die Presse sich späterhin so viel und in ganz vortrefflicher Weise beschäftigt hat.

Um aber doch auch die, die sich durch Sammlungen usw. um mich bemüht hatten, von dem Gnadenakt Sr. Majestät in Kenntnis zu setzen, fuhr ich noch an demselben Abend zur Redaktion der Zeitschrift: „Die Welt am Montag“.

Auch das große Ueberraschung und die ersten Glückwünsche! Ich kehrte hierauf noch einmal zur Wohnung meiner Schwester zurück, welche ich auch jetzt noch nicht antraf, und wartete in der Nähe, bis sie endlich von ihrem Ausgange heimkehrte. Am andern Morgen hatte ich zunächst viele geschäftliche Sachen zu besorgen und um schneller damit zustandezukommen, bediente ich mich der Droschke.

Aber schon war Frau Fama geschäftig gewesen. Alle Welt wußte von meiner Befreiung. Und bald hatten sich denn auch die Pioniere der modernen Zivilisation, die Amateurfotografen und Fotografen vom Fach eingestellt; und während ich den Fuß auf den Tritt der Droschke stellte, war bereits eine Anzahl von Objektiven auf mich gerichtet, um diesen denkwürdigen Moment zu verewigen.

Schon am frühen Morgen hatte die Post eine große Anzahl Briefe für mich gebracht, und ich wollte die Muße der Fahrt dazu benutzen, um sie auf dem Wege zur Stadt zu lesen.

Als ich aber einen Augenblick hinter mich schaute, sah ich, wie die Fotografengesellschaft im Auto hinter mir herfuhr, an jedem Haltepunkt umstellten sie meine Droschke so, daß mein Kutscher nicht losfahren konnte, die Zwischenzeit benutzten sie, um mich in allen möglichen Stellungen aufzunehmen. Ich habe ziemlich drei Stunden gebraucht, bis es mir endlich gelang, ihren Glassen zu entkommen.

Notwendigerweise mußte ich auch noch einmal in die Gefangenenanstalt Tegel zurückkehren, um mich in ordnungsmäßiger Weise zu verabschieden.

Beim Verlassen der Anstalt fand ich vor den Toren des Hauses eine große Menschenmenge vor, auch hier wieder hatte sich der unvermeidliche Fotograf eingefunden; ferner eine Anzahl von anderen Herren, die aus der Situation Kapital schlagen wollten.

Es schwirrt mir heute noch in den Ohren, wenn ich daran denke, was für Anträge und Zumutungen mir damals gemacht worden sind.

Ich konnte mich unmöglich in diesem Augenblick schon zu irgendeiner geschäftlichen Abmachung verstehen, weil ich instinktiv fühlte, daß ich den meisten nur als Mittel zum Zweck dienen sollte.

(Schluß)

Molay, zu, wie er auf den Scheiterhaufen stieg. Ich aber, und mir zur Seite steht jene Weltmeinung, die ich anrufe, zitiere vor das Tribunal der Geschichte die direkten und indirekten Urheber, die niedrigen Handwerksknechte einer Machenschaft, die angezettelt wurde zu dem Zwecke, zugleich die Ausdehnung jener großen Rassen zu fördern, welche die Welt beherrschen wollen, und die Gegenrevolution, deren Thronbesteigung, wenn sie stattfinden sollte, die Totenglocke eines entgleisten Frankreich läuten würde.

J. Caillaux.

Der Krieg — Die Strömungen der öffentlichen Meinung im Jahre 1917 — Clemenceau oder Caillaux — Die „Action Française“

Unter den Stürmen, welche die Menschheit schütteln, ziehen die Massen dahin gleich den unermesslichen Herden der Verdammten in der Göttlichen Komödie, ziehen hin und sterben, mitgerissen durch die Allmacht der großen Worte, die große Ideen heraufbeschwören. Millionen von Menschen sind losgestürzt gegen die Ungläubigen, gegen die Ketyer, im Namen Christi, im Namen des Evangeliums der Milde und des Wohlwollens, das vom Berge herab gepredigt wurde. Heute flattert das große Bild des Vaterlandes vor den drängenden, stoßwütigen Massen. In der nationalen Idee gehen die zerbröckelnden alten Religionen unter. Auf beiden Seiten der Grenzen nützt man, um die Völker gegeneinander zu bringen, die Glaubenslehren aus, die ehemals sie vereinigten, und die heute in die Falten der Fahnen gehüllt verschwinden. Der Patriotismus mauert einen neuen Glauben. Er würde groß sein und Bewunderung verdienen, wenn er ganz einfach den Willen der Menschen zum Ausdruck brächte, über sich selbst zu verfügen, die Erbgüter an Aufklärung, Ueberlieferung und Kultur unversehrt zu erhalten, um auch diese zum inneren Reichtum der Menschheit beizusteuern, wenn er sich verbände mit dem großen Ideal eines Bundes der Vaterländer. Aber genau wie die Inquisition Freibriefe für sich in den heiligen Schriften zu finden vorgab, welche die größten Worte verzeichnet halten, die über die Erde gehalten sind, genau so suchen die Fanatiker sich des Patriotismus zu bemächtigen, ihn loszulösen von dem menschheitlichen Ideal, dessen Stempel die französische Revolution ihm aufgedrückt, und ihn zu tauchen in eine Flut tyrannischer Machenschaft. Sie verdächtigen die entspannenden Formeln, die schmiegsamen Lösungen, die doch so wesentlich sind für das Leben der Völker wie für das Leben der Einzelnen. Sie wollen eine neue Religion schaffen, eine Staatsreligion, noch blinder und unduldsamer als die anderen. Und den Erleuchteten zur Seite, sich in ihrem Schatten verbergend, schreiten die geschickten Macher und die Gierigen. Diese dienen unter dem Deckmantel des Patriotismus ganz einfach dem Gözen, den ein großer indischer Dichter den „ungeheuerlichen Gott des Gewinns“ nennt. Jene versuchen, ihrem Ehrgeiz zu Nuh und Frommen, die geheiligte Idee an sich zu reißen und sich, nach dem ewig gleichen Verfahren, gegenseitig zu überbieten, fachen die Uebertreibungen an, sie streben dahin, um das große Gefühl herum die Mauern der Eitelkeit und des Hasses zu errichten, sie erdichten Riten, fabricieren Dogmen als Hürden, in denen sie die großen ängstlichen Herden einpferchen wollen, Fanatiker, gefräßige Ehrgeizige und Macher werden sich verständigen, um den Wutausbrüchen der rekrutierten Massen die Männer zu opfern, die etwa sich weigern sollten, die große Idee des Vaterlandes zu beslecken, die etwa hartnäckig dabei bleiben sollten, daß die wahre Formel des Patriotismus diese ist: alle Nationen in Freiheit und Gerechtigkeit auszusöhnen suchen; sich um ihre Annäherung und ihre Vereinigung zugunsten des allgemeinen Fortschrittes der Menschheit bemühen, den Haß einzuschränken suchen; sowie die schreckensvollen Konflikte zwischen Volk und Volk ausbrechen, den Kult des Hasses ans Schandbrett nageln, das Entstehen unüberbrückbarer Klüfte vermeiden, das Unheil eindämmen. Mit schlimmerer Zügellosigkeit noch werden sie die Männer verfolgen, die sich auf diese große Lehre festgelegt haben und dazu den Sinn für die Realitäten mitbringen, die das Schiff ihres Landes nicht von einem Sturmwind der Leidenschaft mit fortreißen lassen wollen, sondern im wildesten Sturm aufmerksam auf alle Klippen von welcher Seite sie auch drängen, die Männer, die Maßhalten und Klugheit predigen.

Gegen diese Leute geht man im zwanzigsten Jahrhundert mit der gleichen Erbitterung vor, wie es im sechzehnten Jahrhundert die Leute der Liga taten gegen alle, die sie mit Verachtung „die Politiker“ nannten, und die den gesunden Menschenverstand zum Ausdruck brachten, die Ruhe und die Versöhnlichkeit, die ein tiefes Gefühl hatten für die Interessen des Landes. Man will mit den Männern fertig werden, die auf dieser Linie fortfahren. Man hat es versucht, von 1913 bis 1914. Man ist noch nicht völlig zum Ziel gelangt. Aber es wird einen neuen Vorstoß geben. Nur wird die letzte Ausführung angesichts der Schwierigkeiten vertagt, die einer unmittelbaren Verwirklichung im Wege stehen.

Man besteht darauf, mich aus der Regierung zu entfernen. Sei's drum! Ich habe keinen Gedanken als: dienen in aller Stille, mit meinen Voten zu Hilfe kommen, über deren Ausbleiben sich die jeweiligen Machthaber nie beklagen können. Derart dienen, daß ich in dem Halbdunkel, dahinein man mich verbannen will, kein Hindernis bilde für die Entwicklung einer Kriegspolitik, die mir gewiß ernste Befürchtungen einflößt, von der ich aber hoffe, daß ihre Schwächen der große, freie Wind forttragen, hinwegfegen wird, der über die französische Erde bläst. Ich ziehe mich so weit zurück, daß ich kein Ministerium berate, daß ich mich sogar hüte, meine Meinung über die großen finanziellen Operationen und die entstehenden Steuerprobleme zu äußern, obwohl ich die Lösungen, mit denen man an sie herantritt, erbärmlich finde.

(Fortsetzung folgt.)

Görres-Gesellschaft

Eine Vereinigung, die ihren Namen nicht mehr verdient

Unter den zahlreichen katholischen Organisationen in Deutschland hatte die Görres-Gesellschaft einen besonders guten Ruf. Aus ihren alljährigen Generalversammlungen sprach sie von der Weite katholischen Geisteslebens, bemüht, die Problematik der Zeit in die von der Kirche umfasste Glaubenswelt einzugliedern.

Die diesjährige Generalversammlung fand kürzlich in Trier statt, „Pflanze der katholischen Wissenschaft“ — man betonte ihre Fruchtbarkeit und ihre Evidenz. Aber wer glaubt hat, daß sich eine Verklärung katholischer Akademiker und Priester etwas von dem kämpferischen Geist von Josef Görres besitzen würde, sah sich bald enttäuscht. Die Generalversammlung beschloß baldigst die „Führer“ Adolf Hitler. Im vergangenen Jahre sah unter seinen Freunden in der Görres-Gesellschaft Ministerialdirektor Dr. Klausener, der unter der Verantwortung Adolf Hitlers ermordet und verbrannt wurde, infolge eines „Missverständnisses“. Vor dieser Tatsache hätten alle Repräsentationspflichten schweigen müssen, wären in der Görres-Gesellschaft Männer des katholischen Katafombengeistes. Die Einsprüche gegen das „dritte Reich“ und seine weltanschaulichen Totalitätsansprüche wurden in sanfte und unschreibende Worte gekleidet. Loyalität bis zum letzten Hauch, stille, stille, kein Geräusch gemacht! Wo in diesem Hitlerlande geistige Menschen beisammen sitzen, gleich welcher Fakultät und welchen Glaubens: immer schweigt über ihnen die lähmende Furcht.

Der Trierer Bischof Bornwasser sagte in seiner Eröffnungssprache, daß „der Geist der Gründungszeit der Görres-Gesellschaft nicht gestorben ist“. Wissen und Glauben seien beide von Gott. Und Gott, die ewige untrügliche Wahrheit, kann sich nicht widersprechen. Die Würde der Wissenschaft bestehe darin, daß sie die Wahrheit sage. Wie im „dritten Reich“ die Würde der Wissenschaft verlegt worden ist durch die unwissenschaftliche und gottlose Rassenlehre, wie die Wahrheit niedergedrückt wurde durch die Befehlshaber der freien Forschung und Lehre: davon hörte man in Trier kein Wort. Vielleicht fühlten sich die Männer der Görres-Gesellschaft gerade dazu nicht besonders berufen.

Gibt es ein geeigneteres Forum als die Görres-Gesellschaft gegen den weltanschaulichen Diktator Rosenberg, den offenen Feind der katholischen Kirche, der den Papst in seinem „Mithras“ herausfordert und verböhnt? Bischof Bornwasser glaubte, mit einem „Vögelin der Weisen“ gegen Rosenberg genug gesagt zu haben. Er sprach von einem „vielfachgelesenen modernen, vielen zum Lesen aufgezogenen Schriftsteller“. Wählten wir nicht, wähl muntere Sprache der Trierer Bischof einsetzen kann, eine Sprache von Heiligkeit und Leidenschaft, so würden wir uns über diese laute Ironie nicht wundern. Auf der Saarbrücker Tagung des katholischen Jungvolks sprach er von „Lüge“ und „Verleumdung“ in der Polemik gegen ein katholisches Blatt, das gegen die Auslieferung des Saar-Katholizismus an den Terror des „dritten Reiches“ kämpft. Alfred Rosenberg hat, wie uns dünkt, von aläubig-katholischem Standpunkt schlimmeres getan. Er hat vom Papst als „Medizinmann“ gesprochen, der seine „sauberhaft dämonische Weltanschauung“

machtvoll durchleben wolle. Er höhnt in seinem „Mithras“ über die kirchlichen Lehren und Feste: „Jesus sei, streng genommen, abgesetzt und ersetzt durch das römische System, gekrönt von dem Papst sich nennenden Medizinmann.“ Der Trierer Bischof Bornwasser begnügt sich vor solchen Sätzen „mit der stillen Distanz“ eines alten Bomben. Er mag aus der Not die Tugend des Ausweichens, die für die ganze Generalversammlung der Görres-Gesellschaft kennzeichnend war.

Verdient sie noch, den Namen dieses Kämpfers zu tragen? Selbst der alte Görres, der im Bereich des Katholizismus nach den Stürmen wilder Jugendjahre seine seelische Heimat gefunden hatte — wie hätte er geblüht gegen die Feigen und die Launen des Glaubens und der Kirche! Und Görres, der Junge, der in den Stürmen der französischen Revolution zusammenkam: wie müssen sich diejenigen schämen, die heute mit seinem Namen paradiere, wenn sie Sätze wie diese lesen:

Deutsche Christen

Ob unter den erschossenen SA-Führern sich auch Gruppenführer Koch-Koblenz befand, das stand lange Zeit nicht fest. Bekanntlich hatten sowohl laarandische als auch ausländische Zeitungen eine Meldung gebracht, daß es diesem Koch gelungen sei, die Grenzpfähle des Nordreiches hinter sich zu bringen. Auch hatte ja die hitleroffizielle Bildzeitung, die in der Woche vom 30. Juni herauskam, noch ein Heldenepos auf diesen Mann gesungen.

Inzwischen hat sich bestätigt, daß auch Koch erschossen worden ist.

Von einem SA-Führer, der ihm nahe stand, erfahren wir folgende Einzelheiten:

Auch Frau Koch war über das Schicksal ihres Mannes lange ununterrichtet. Sie hoffte ganz bestimmt, daß sich alle Vermutungen gegen ihn als böswillige Verleumdungen erweisen und unfähiger Unterführer herausstellen müßten, wenn erst ihr Gatte seinem Führer Adolf Hitler gegenüber stehen würde, um sich zu verteidigen und die Intriganten anzuklagen. Frau Koch, die leit der Verlegung und Beförderung ihres Mannes nach Koblenz dortselbst eine herrschaftliche Villa mit etwa 10 Räumen auf das Modernste eingerichtet hatte, konnte sich einfach nicht denken, daß man ihrem in SA-Kreisen allseits beliebten Mannes im Voraus noch viel weniger, daß man ihm nach dem Leben trachten würde.

Um so bestiger muß diese Frau erschrocken sein, als nach in die Villa der Frau Gruppenführer begaben, um ihr mitzuteilen, daß ihr Mann handrechtlich erschossen worden sei. In vielen Tagen danken Hartens, völlig unerwartet und rücksichtslos, zwei eigens hierfür abkommandierte Weibliche sich die Urne mit der Asche kam dann auch richtig gleich hinterher an.

Frau Koch ist Mutter von drei Kindern, und sie trug in diesen Tagen ein viertes Kind unter dem Herzen. Trotz der ungeheuren Aufregung und ihres Zustandes wollte sich Frau Koch selbst mit ihren Kindern zum „Führer“ begeben. Sie trat in aller Eile Vorbereitungen zur Fahrt nach Berlin. Doch es kam nicht mehr dazu. Eine Rechtskur auf Leben und Tod verhinderte die geplante Reise. Ob ihr die beiden Weiblichen, vielleicht als „Führer der deutschen Christen“,

„Wir sind keine Sklavenseelen. Wir wollen militärische Diktatur geübt, alle Auslassungen, Erpressungen, Ränkereien abgeholt leben... Wir wollen, daß beim Eintreten dieser Wahl nicht elende Schwächlinge, Finkele oder Bäckmeister über das Vaterland entscheiden... Wir fordern Achtung und Mut von euch in Verteidigung der Rechte des Bürgers gegen gewalttätige Einriffe... Die Mächtigen der Erde hören nicht gerne die Wahrheit aus einem kirchlichen Munde. Unparteilichkeit im strengsten Sinne ist mein erstes Gebot, und Wahrheitsliebe mein zweites. Wohl weiß ich, daß nur, in dem ich auf diese Art allen großen und kleinen, mächtigen und ohnmächtigen Despoten, Ausbeutern, Blutsaugern, Gaunern, Bösewichtern, Usurpatoren, Schwächlingen den Krieg ankündigen, ein schwerer Kampf bevorsteht. Aber es sei darum: für eine gute Sache bin ich zur Aufopferung bereit, sollte sie mir noch so nahe gehen.“

Die Zeitung, für die der junge Görres solche Sätze schrieb, hieß „Das Rote Blatt“ und erschien 1707 für Koblenz. Wir wollen gar nicht so grausam sein, von den älteren Herren der Görres-Gesellschaft eine Haltung gegen Usurpatoren von heute zu fordern, wie sie derjenigen des Namenshebers ihrer Gesellschaft entspräche. Aber der Name Görres in Wappen verpflichtet immerhin zur Acht vor der feigen Anpassung an die herrschende Gewalt; verpflichtet zum Wahrheitswollen und zum blühenden Jörn des Schuppens.

nachmals abkommandierten Trost zu überbringen hatten, ist nicht bekannt geworden.

Die deutsche Briefzensur

Das Organ der Partei des tschechoslowakischen Außenministers Dr. Beneš beginnt mit der Veröffentlichung einer Artikelreihe über Deutschland, die ein genaues Bild des deutschen Alltagslebens zu geben verspricht. Im ersten Artikel berichtet der Verfasser Dr. Jiri Jelka, daß eine überaus strenge Briefzensur ausgesetzt werde. Briefe aus Deutschland, die an Banken oder Zeitungen adressiert sind, werden regelmäßig geöffnet. Die Zensur erstreckt sich sowohl auf Briefe, die aus dem Ausland kommen, wie auch auf Briefe, die ins Ausland gehen.

Paris
Jungesellen-Wohnung
mit Bad und Küche möbl., zu vermieten Heizung, Warmwasser, Telefon
7, Avenue du Colonel Bonnet Passy

Deutsches Lehrgut
In der Normandie bildet Jungen und Mädchen praktisch und theoretisch in Haus-, Hof- und Viehwirtschaft sowie Gartenbau
Alle Inbegriffen, exakt. Verpflegung
Preis monatlich 500 — Fr.
C. Jean de Pativille par Barent, C. Ivados

Wacht für die
„Deutsche Freiheit“

Berühmte Heilsehlerin
Mme. Marie ZELI
Dr. sciences occultes
Astrologie, Chiromancie
Cartomancie, Psychoanalyse
spricht täglich deutsch
62, rue de la Rochefoucauld (5. Etage), Tr. C. 2. Stock rechts
Täglich 3-7 Uhr außer Donnerstagen — Metro: Pigalle

Die Theorie vom Krebserreger

Eine Erklärung des Präsidenten des Reichsgesundheitsamtes

Vor Vertretern der Presse führte der Präsident des Reichsgesundheitsamtes, Professor Dr. Reiter, zu den Veröffentlichungen Dr. v. Brehmer's über die Ursache und Bekämpfung der Krebskrankheit folgende aus:

Von jeder hat das deutsche Volk großes Interesse für gesundheitliche Fragen gezeigt, und es ist daher nicht verwunderlich, wenn es in einer Zeit, die ein tiefes inneres Verständnis für die Volksgesundheit offenbart, auf gesundheitliche Fragen, die alle Menschen interessieren müssen, laut und auffällig reagiert.

In den letzten Tagen haben die Veröffentlichungen über die Ursache und die Bekämpfung der Krebskrankheit durch den Chemiker Dr. v. Brehmer nicht nur in Deutschland, sondern weit über die deutschen Grenzen hinaus ungeheures Aufsehen erregt.

Inhaltlich gliedern sich diese Mitteilungen im wesentlichen nach folgenden Richtungen:

1. Herr von Brehmer glaubt, den Erreger der Krebskrankheit gefunden zu haben. Hierzu ist folgendes zu bemerken:

Schon vor Brehmer haben wohl Millionen von Einzeluntersuchungen festgestellt, durch die der Inhalt der Gewebe von Menschen und Tieren einer mikroskopischen und bakteriologischen Prüfung unterzogen wurde, auch haben mikroskopische und bakteriologische Untersuchungen des Blutes von Krebskranken durch geschulte Bakteriologen in Hunderten von Fällen festgestellt — sollte nicht einer dieser Wissenschaftler die Fähigkeit besessen haben, auch die von Brehmer „entdeckten“, mit den einfachsten Mitteln sehr leicht darstellbaren Gebilde zu finden?

Wir wissen, daß sterile, bakteriologische Arbeiten die Voraussetzung jeder experimentellen bakteriologischen Forschung ist. In diesem Zusammenhang erscheint es auffällig, daß Herr von Brehmer „bessere“ Ergebnisse hat bei Untersuchungen von Blut der Reinerbeere als aus Blut der Armen. Ein geschulter Bakteriologe — Herr von Brehmer ist Chemiker — würde wohl die Vielgehaltigkeit der geschädigten Gebilde zu einer Kritik seiner Arbeit auf Sterilität machen, nicht aber aus dem „Ergebnis“ den Schluß auf die Vielgehaltigkeit der „Erreger“ ziehen, für deren Realität nicht ein Beweis fehlt, und die auch nicht durch jeder, aber auch jeder Beweis ist zu rechtfertigen vermag, nicht als erscheinende Erscheinungen zu rechtfertigen einsehen, die in der gesamten Welt der Mikroorganismen einigartig bestehen. Es wäre unbedeutend seine „Befunde“ die Meinung der Bakteriologen, unter ausschließlicher Vorlesung seines Materials, zu betonen.

Der Beweis, daß es sich um tatsächliche Erreger von Krebskrankheiten handelt, bleibt Herr von Brehmer in seinen Veröffentlichungen nicht verschulden, sondern für die Aufklärung der Sache das Wesentliche. Die Auffassung Herrn von Brehmer's über die Krebskrankheit verdient daneben anders bemerkt zu werden. Hier liegen zweifellos Ansätze vor, das Wesen der Krebskrankheit von einem Standpunkt zu betrachten, dem

volle Beachtung gebührt. Eine andere, mir nebenbei ergehende Frage ist, ob die von Herrn von Brehmer angegebene Methode sich zur Bestimmung der Ph-Zahl und damit nach seiner Ansicht der Krebsbereitschaftsgrenzen physikalisch richtig ist. Selbst wenn es sich bei seiner Technik nicht um die Feststellung der Ph-Zahl handeln sollte, wäre dieser Methode Aufmerksamkeit zu schenken, denn sie würde genügen, wenn sie eindeutige Ergebnisse bei Krebskranken und bei Nichtkrebserkrankten konstant lieferte.

Es wäre möglich, daß wir berechtigt sind, von einer Krebsbereitschaft in Verbindung mit der Ph-Zahl oder deren „Äquivalent“ zu sprechen, aber auch das hat Herr von Brehmer — bisher wenigstens — in seinen Arbeiten nur behauptet, denn er hat nicht bewiesen, daß bei einem anscheinend gesunden Menschen, der aber nach seinen Angaben schon eine Krebsbereitschaft besitzt, nun tatsächlich nach einer bestimmten Zeit die Krebskrankheit eintritt.

Herr von Brehmer gibt weiterhin an, daß es gelingt, eine Verschiebung der Krebsbereitschaft durch eine bestimmte Diät erzeugen zu können. Für diese Angabe führt er auch seine Beobachtungen an Meeresschweinfischen an. Es würde interessieren, zu erfahren, wieviel Meeresschweinfische er zu dieser Feststellung benutzt hat. Reines Wissen waren es drei bis vier. Ob bei allen die gleiche Beobachtung gemacht werden konnte, wird nicht gesagt. Wäre sie gemacht worden, so würde sie eine unaußer wichtige Beobachtung darstellen, zumal da Herr von Brehmer weiterhin behauptet, es sei gelungen, das Meeresschweinfisch hierdurch für den Krebs empfänglich zu machen.

Ein kritischer Vorleser hätte diese Beobachtung sich sofort durch Wiederholung des Versuches, der für viele Hunderttausende von kranken Menschen die wichtigsten Folgerungen hatte, an Hunderten von Tieren bestätigen lassen, aber nichts von alledem!

2. Was die Behandlung des Krebses an Menschen betrifft, so finden sich die Angaben des Herrn von Brehmer angeblich auf etwa 60 Fälle. In seinen Mitteilungen ist nicht angegeben, welche Krebskrankheiten in den einzelnen Fällen vorgelegen haben, nicht, seit wann diese behandelt haben, nicht, wie lange sie nach Einleitung der Behandlung unter Beobachtung waren. Seine „Behandlung“ des Krebses verneint dabei keineswegs das Messer, sondern benutzt dieses, wie auch die Strahlenbehandlung und Hormonbehandlung nach den wissenschaftlichen Erkenntnissen der Gegenwart.

Herr von Brehmer gibt hierzu eine bestimmte Diät, verrät aber nicht die Art dieser Diät. Auch hier möchte man jedoch glauben, daß die Erforschung der Krebsprobleme einen erneuten Impuls erhält, wenngleich der Gedanke, durch diätetische Maßnahmen den Verlauf der Krebskrankheit zu beeinflussen, ein ganz alter und bekannter ist.

Als neu läßt Herr von Brehmer Untersuchungen einer aus Pflanzen hergestellten Extraktlösung hinan, deren Zusammensetzung nicht verraten wird und deren Wirkungsweise auf die „Erreger“ unter geradezu mystischen Vorstellungen steht.

4. Sprechen wir über das, was Herr von Brehmer uns zu sagen hat und was durch Form und Inhalt seiner Mitteilungen zu einer Sensation nicht nur innerhalb der medizinischen Welt, sondern weit über deren Grenzen hinaus führte und führen mußte.

Das Urteil:

Die über den Krebserreger selbst gemachten Angaben des Herrn von Brehmer beruhen auf von ihm gemachten Beobachtungen, deren zweifellos bona fide erfolgte Beobachtungen aber nicht nur unwissenschaftlich, sondern leichtfertig und fantaisistisch erscheinen müssen, solange er keine exakten, wissenschaftlichen Beweise erbringt. Wertvoller erscheint der Hinweis auf die Krebsbereitschaft und deren eventuelle Nachweisbarkeit im Blut, wobei unberücksichtigt bleiben kann, ob die von ihm angegebene Methode tatsächlich die Ph-Ziffer anzeigt. Voraussetzung bleibt, daß seine Angaben einer weiteren Prüfung standhalten. Auch die Berücksichtigung der Ph-Ziffer des Krebskranken verdient Beachtung, weil sie neue Anregungen gibt, auf diesem Gebiete weitere Beobachtungen zu machen.

Es ist leider oft beim besten Willen der Presse nicht immer zu vermeiden, daß wissenschaftliche Mitteilungen der Fachpresse in Tageszeitungen einen falschen und entstellten Wiederhall finden. Anders liegen jedoch die Dinge, wenn nun das, was in einem wissenschaftlichen Fachorgan publiziert wird, durch „ergänzende“ Mitteilungen des gleichen Autors in Tageszeitungen, unter Umständen verstärkt durch Wiedergabe eines Bildes, in einer Form erneut in die Öffentlichkeit gelangt, die zwangsläufig zu den schwersten Verurteilungen weiterer Kreise der Bevölkerung führen muß. Damit wird nicht nur das in einer wissenschaftlichen Publikation gegebenenfalls wertvolle diffamiert, sondern es trifft diese Diffamierung auch den Autor selbst. Herr von Brehmer hat der deutschen Wissenschaft im Inland und Ausland durch seine Publikationen in der medizinischen Welt wie durch seine Interviews in den Tageszeitungen einen schweren Dienst erwiesen, denn die deutsche Wissenschaft pflegt sich im allgemeinen durch ihre Kraft und Gründlichkeit besonders auszeichnen. Den öffentlichen Dienst erwies er aber den vielen Kranken und Geheilten, bei denen einerseits übertriebene und ganz falsche Hoffnungen, andererseits aber auch nicht unbedenkliche Beeinträchtigungen vor der Anstreckung mit Krebs erweckt wurden!

Die Öffentlichkeit muß heute energisch fordern, daß sowohl alle Mitteilungen des Herrn von Brehmer bis in alle Einzelheiten einer einwandfreien wissenschaftlichen Kritik unterzogen werden. Hierzu gehören die Nachprüfungen seiner Angaben über den „Erreger“, über die Verschiebung der Ph-Zahl des Blutes durch bestimmte Maßnahmen und die dadurch angeblich zu beeinflussende Krebsbereitschaft bei Tier und Mensch und ganz besonders die Nachprüfung der von Brehmer angeblich gebissenen 60 Krebskranken unter Vorlage der diese betreffenden Krankengeschichten.

Das Reichsgesundheitsamt stellt sich für diese Arbeiten, ohne daß Herrn von Brehmer hierdurch irgendwelche persönlichen Unkosten entstehen, selbstverständlich zur Verfügung.

Der Nazikampf gegen Österreich

Die Entscheidung bis nach der Saarabstimmung verlagert

Paris, 15. Sept. Der Sonderberichterstatter des „Excelsior“ meldet aus München, daß als Abbruch des Nürnberger Kongresses der Stellvertreter des Führers Hess, der Stabschef der SA, Luge und der Reichsleiter der NSDAP, Amann eine Zusammenkunft mit Mitgliedern der österreichischen Nazis gehabt hätten. Ungefähr 200 Österreicher, die am Nürnberger Kongress teilgenommen hätten, wären bei dieser Zusammenkunft zugegen gewesen. Sie hätten folgende Instruktionen erhalten:

1. Die Entscheidungsschlacht in Österreich werde erst nach der Saarabstimmung, d. h. also im Januar geschlagen werden und man werde sich des bei der Saarabstimmung entfalteten Enthufiasmus bedienen.

2. Die österreichischen Nazis müßten die Regierung Schuschnigg als „volksfremd“ verdächtigen und „freie Neuwahl“ fordern.

3. Die Neuwahl der Führer der österreichischen NSDAP, (Erst für Habicht-Frauenfeld) werde am 1. November stattfinden. Zu diesem Tage sollen sich alle österreichischen Nazis, die man für fähig hält, an einer politischen Aktion mitzuwirken, und die man aus den Flüchtlingen in Bayern, Jugoslawien und der Schweiz auswählen werde, sich nach München begeben, wo sie ihre Befehle von dem neuen Gauleiter entgegen nehmen werden.

Dieser Gauleiter der 10. Region (Österreich) der NSDAP, werde direkt und ohne Zwischenführer von Rudolf Hess abhängen.

„Großfürstin Tatjana“

Paris, den 15. September 1934.

Die Gerüchte, daß nicht alle Mitglieder der russischen Zerscherhauses ermordet sind, wollen nicht verkümmern. Man wird sich wohl daran erinnern, daß vor einigen Jahren eine gewisse Anastasia Ishakowitsch in Paris auftauchte und behauptete, die Großfürstin Tatjana von Rußland, eine der Töchter des ermordeten Zaren Nikolaus II. zu sein. Fast ein Jahr lang hielt Anastasia Ishakowitsch die Welt in Spannung, dann konnte ihr der Betrug nachgewiesen werden und die Betrügerin wanderte in den Vereinigten Staaten, wohin sie sich inzwischen gewandt hatte, ins Gefängnis.

Nest meldet der „Excelsior“ aus Belgrad, daß in Jugoslawien große Erregung über das Auftreten einer gewissen Kathalle Menchow Raditschew herrsche, die dort in Begleitung ihres polnischen Sekretärs Doktor Krasnowski angekommen ist und behauptet, die Wahrheit die Großfürstin Tatjana zu sein. Die Geschichte, die die junge Frau erzählt, trägt in vielem den Stempel der Wahrheit, während einige Einzelheiten etwas sonderbar anmuten. Die jugoslawischen Behörden forschten zur Zeit nach, um festzustellen, ob das, was in folgendem berichtet wird, einer Prüfung standhält:

Kathalle Menchow Raditschew erzählt, daß sie ebenso wie

Der Erfolg liegt in der Reklame!

Insrieren Sie deshalb in der „Deutschen Freiheit“

Werbt für die „Deutsche Freiheit“

Studio Parnasse

Demnach erscheint ein neuer Film von Karl Fröhlich „Reifende Jugend“ (Jugendsozialismus)

Produits Schmid

78, Boulevard de Strasbourg, 1, rue St. Laurent Paris, bei Bars de l'Est

Chirurg.-Mediz. Klinik Dr. Ettinger

168ter Avenue de Neuilly, NEUILLY-sur-Seine, Tel.: Maillot 95-30. — Ständige Betten.

die anderen Mitglieder der kaiserlich russischen Familie in der Nacht vom 16. zum 17. Juli 1918 in einem Keller in Jekaterinburg gebrannt worden sei, um dort erschossen zu werden. Jedes Familienmitglied sei vor seinem Erschlagen vor dem Henker namentlich aufgerufen worden. Als nun der Namensaufruf der Großfürstin Tatjana erfolgte, habe die ihr sehr ergebene Kammerfrau geistesgegenwärtig die Lampe umgeworfen und die läche Dunkelheit und Verwirrung benutzt, um Tatjana zum Kellerabgang zu zerren. Dort aber mehrte ein Kolak den Ausganga und schlug Tatjana mit seinem Gewehrkolben ins Gesicht — und in der Tat, Kathalle Menchow Raditschew hat in ihrem Gesicht eine Narbe, die von einer derartigen Verwundung herrühren kann. Während nun die Kammerfrau gefangen genommen wurde, gelang es Tatjana, unbemerkt in das in der Nähe des Zarenpalastes liegende Konnenkloster von Nowot zu flüchten, wo sie sich mit Hilfe des Fürwärters in einem Keller verbergen konnte. Die Oberin des Klosters Eugenie Iwanowa Mentchhoff habe sich dann ihrer angenommen.

Bei der Einnahme von Jekaterinburg durch die Truppen des Admirals Koltschak floh die Großfürstin mit der Oberin und wurde von dieser als ihre Tochter ausgegeben. Sie lebte mit der Oberin bis zum Jahre 1920 zusammen, dann flüchtete sie nach Warschau, wo sie in das Kloster Charite eintrat, dort blieb sie bis 1932, um dann eine Zuflucht im Kloster Dalavine zu suchen, das sie am 16. Februar 1934, nachdem sie die Bekanntheit des Doktor Krasnowski gemacht hatte, verließ.

Die Großfürstin Tatjana oder die, die sich dafür ausgibt, lebt auch in Belgrad in aröher Einsamkeit, um ihre durch die abenteuerlichen Jahre erschütterte Gesundheit wiederherzustellen und im Gebet Vergessen der tragischen Geschehnisse zu finden, deren einsamer lebender Zeuge sie, wenn sich ihre Geschichte als wahr erweist, sein würde.

BRIEFKASTEN

„Hitlerfaschismus und der Prager Vorwand“. Seit einiger Zeit haben wir Diskussionsbeiträge über die aktuellen Probleme des Sozialismus veröffentlicht. In unserer Ausgabe vom Freitag hat ein im Reich illegal arbeitender führender sozialistischer Sozialdemokrat dazu das Wort genommen. Wir haben in einer redaktionellen Bemerkung unsere Vorbehalte zu dem Aufsatz gemacht, hielten uns aber nicht für berechtigt, die Meinung eines Mannes, der unmittelbar im Reich an der Front gegen Hitler steht, zu unterdrücken. Es scheint uns nicht klug und anständig zu sein, von der Gruppe her zu schulmeistern. Das kommunistische Blatt in Saarbrücken ist anderer Meinung. Damit haben wir uns abgefunden. Unschuldig und unehrlich ist es aber, wenn es den Verfasser als ein Mitglied oder einen Vertreter des Prager Vorwandes bezeichnet. Das wird für jeden, der nicht bösen Willens ist, schon durch den Inhalt des Aufsatzes widerlegt. Wir stellen aber auch ausdrücklich fest, daß der Verfasser in keinerlei Beziehungen zu dem Vorstand der Sozialdemokratie Deutschlands, 514 Praga, steht. Er lehnt ihn ab. Im übrigen legen wir die Diskussionsbeiträge fort mit keinem anderen Ziele, als der Erkenntnis und der Klärung zu dienen. Für diejenigen, die die Notwendigkeit einer solchen sachlichen Aussprache nicht begreifen und sie mit abgenutzten polemischen Tricks und mit verächtlichen Unterstellungen abzuwehren versuchen, sind diese Aufsätze nicht geschrieben. Man kann sich für einen Revolutionär halten und doch zu den konservativsten ewig Gehtigen gehören.

Dr. Ludwig Luidde. Die deutsche Liga für Menschenrechte schreibt uns: „Nach dem Bericht in der Morgenausgabe der „Neuen Zürcher Zeitung“ vom 5. September 1934 hat auf dem W. Weltfriedenskongress in Locarno Professor Dr. Ludwig Luidde im Zusammenhang mit einer Resolution zugunsten der Unabhängigkeit Österreichs nicht weniger originell die Anschlussfrage gelehrt. Einzelne bemerke Luidde, daß er sich bei den Ausschussberatungen über Deutschland berührende Fragen (es handelt sich um die Beurteilung der österreichischen Methoden und um eine Gehe zur Beurteilung der pazifistischen Führer Hitler und von Tschick) der Stimme enthalten habe, um nicht die Möglichkeit einer allfälligen Rückkehr nach Deutschland zu gefährden. Hißdann bekannte er sich als Anhänger des Anschlusses Österreichs an Deutschland, was mit demokratischer und pazifistischer Gesinnung durchaus vereinbar sei.“ Darauf hat sofort die Sektion Straßburg der Deutschen Liga für Menschenrechte an das Präsidium des Kongresses folgendes Telegramm geschickt: „Protokollern schärfstens gegen unerhörte unpassible Haltung Luidde. Deutsche Liga Menschenrechte Straßburg.“ — Herr Luidde ist ein sehr alter Mann. Wir wollen ihm nicht vergehen, daß er ein halbes Jahrhundert ein sehr tapferer und unermüdlicher Kämpfer für die Völkerverständigung gewesen ist.

Giulio Romanus. Sie machen uns auf eine besondere Hoffheit in der italienischen Presse aufmerksam: „Das offizielle Organ der faschistischen Partei „Popolo d'Italia“ bringt auf seiner ersten Seite einen Artikel über den deutschen Faschismus, dessen Autorität allgemein dem Regierungskreis Mussolini zugehörig wird, der von Zeit zu Zeit seine Ansichten in den Spalten dieser Zeitung anonym darzulegen pflegt. Der Artikel knüpft an die Tatsache an, daß die deutschen Behörden in den neu herausgegebenen Pässen vermerken, ob der Pashhaber rein arischer Abstammung oder „Nichtarier“ sei, und kommt zu der Schlussfolgerung, daß eine „deutsche Rasse“ nie existiert hat und nie existieren wird. Das deutsche Volk war von je ein Gemisch verschiedener Völker und Stämme; sollte man mit einer „Reinigung“ des deutschen Volkes jetzt beginnen, so müßte es nach Meinung der Sachverständigen mindestens noch 600 Jahre dauern, bis eine reine deutsche Rasse sich herausgebildet. Wir haben also, heißt es ironisch zum Schluss, genug Zeit, um diese Angelegenheit noch einmal in Ruhe zu überlegen.“ — Wichtig! Und dabei ist noch das große Feh, daß Hitlers eigene Rasse auch in 600 Jahren nicht zu reinigen ist, weil sein Weidicht mit ihm stirbt.

Emigrant. Einem Briefe von Ihnen entnehmen wir: „Meine Reise innerhalb Deutschlands dehnte ich bis zum letzten Augenblick der Gültigkeit des Billets aus. Ich war ja gerade in eine Zeit der unerwartlichsten Art herangekommen, aber . . . im übrigen war es höchst interessant — für den Zuschauer, der das Rückreisbillett schon in der Tasche hat. Die meine Hoffnung und Aufmunterung nahm ich aus Hamburg mit, wo meine Freunde . . . einen solchen Opfermut und selbstbewußte Tatkraft entfalten, wo doch noch so unendlich Gutes und Kühnes geleistet wird, daß ich Deutschland nicht ganz so verweigert als seiner Neutralität verleihe, wie es mir vor Hamburg zu Mute war.“

Literatur

„Die neue Weltbühne“ (Vrag X, S. 120-121). „Rürnberg und Weip“ heißt der Leitartikel der neuen Nummer 17. Frank Altweit und Johannes R. Becher nehmen zu dem Problem der „Literarischen Rückfälligkeit“, der zurückgekehrten Gleichgeschalteten, Stellung. Der Artikel von Becher ist ein Auschnitt aus seiner auf dem Schriftstellerkongress der Sowjetunion gehaltenen Rede. Die Stellung des Schweiz zum Völkerverbundtritt Rußlands und zu den Saarproblemen beleuchtet Josef Halperin in seinem Aufsatz „Die Schweiz sagt Nein“. D. v. Berlach macht auf ein interessantes Dokument über Vopen aufmerksam, das von den Neuerungen des neuen deutschen Verfassens für Österreich beim Abschluß des Völkervertrages berichtet. Gunnar Reichow schreibt über Sozialisten in Norwegen, G. N. Brailford über Faschisten in England. Außerdem enthält die Nummer ein Gedicht über den Völkerverbundtreit, eine Kritik des mit dem Prix Goncourt ausgezeichneten Buches von Malraux, die Womenschau des Weisfaschismus und des Sibirienhands und vieles andere mehr.

Werbt für die „Deutsche Freiheit“!

Für den Gesamteinhalt verantwortlich: Johann Vih in Dabweiler; für Inserate: Otto Ruhn in Saarbrücken, Rotationsdruck und Verlag: Verlag der Volkstimme GmbH, Saarbrücken & Schwanstraße 5. — Schließfach 776 Saarbrücken.

Pariser Berichte

Das Cinema Studio Parnasse zeigt ab 14. September zu seiner Wiedereröffnung den wunderschönen Film von Gustav Fröhlich „Die Reifende Jugend“.

Es ist das alte und doch ewig neue Thema von der Erziehung der heranwachsenden Jugend.

In den Hauptrollen Heinrich George, Hertha Thiele und S. Liwen. Der Film läuft in der originaldeutschen Fassung mit französischen Ueberschriften.

Wie kristallenes Quellenwasser wirkt auf den Zuschauer diese bezaubernd schöne und reine Jugend.

Der Volkswitz hat seinerzeit Flotows Lied aus der Oper „Martha“, „Martha, Martha, Du entschwandest“ dahin abgeändert, daß er hinzusetzte: „Und mit Dir mein Portemonnaie“. Die reiche Amerikanerin Frau Kurtis, die auf Schloß Buryeres bei Saint Michel im dichten Walde von Bagnolles-de l'Orne wohnt, kann das Lied dahin variieren, daß sie singt: „Und mit Dir mein Kollier!“ Denn ihre 24-jährige Kammerfrau Anna Fuchs war seit einigen Tagen unter Mitnahme ihres kostbaren Perlenkolliers, das 123 Perlen im Gesamtwerte von 500 000 Franken enthält, verschwunden. Außerdem hatte sie noch einen fotografischen Apparat und eine goldene, diamantenbesetzte Uhr mitgehen heißen. Jetzt ist zwar die ungetreue Kammerfrau wieder aufgefunden, aber die Wertsachen sind nach wie vor verschwunden.

Gottesdienst am Versöhnungstag

Wir werden um Veröffentlichung folgender Mitteilung gebeten: Der von der Association des Emigrés Israélites d'Allemagne en France in Paris veranstaltete Gottesdienst beginnt am Kolnldre-Abend (Vorabend des Versöhnungstages) erst um 6.30 Uhr und nicht um 6 Uhr, wie auf den Einlaßkarten vermerkt ist. Vor dem eigentlichen Beginn des Festgottesdienstes findet die feierliche Einholung einer Thora-(Gesetzes-)Rolle statt, die von einer deutschen Gemeinde gestiftet wurde.

Wichtige Neuerscheinung für jeden Politiker!

BEER, Dr. M.

Die auswärtige Politik des „dritten Reiches“

kartoniert Fr. 25,— gebunden Fr. 35,— Polygraphischer Verlag AG., Zürich 1

Zu beziehen durch:
Buchhandlung der Volkstimme
Saarbrücken 3, Bahnhofstraße 32
Neunkirchen, Hüttenbergstraße 41

Soweit noch Plätze verfügbar sind, können Eintrittskarten in beschränkter Zahl am Dienstag, dem 18. September, von 10 Uhr vormittags bis 6 Uhr abends am Eingang der Salle Wagram, 39 Avenue de Wagram, Paris, gelöst werden.

Höhe 240

Die Umgegend von Reims ist nicht nur sehr wildreich, sie weist auch heute noch, sechszech Jahre nach Kriegsende, ungewöhnlich zahlreiche Spuren des erbitterten Ringens auf, das gerade in diesem Abschnitt in der Nähe der Höhe 240, die von den Landleuten „Mont Sur“ genannt wird, stattfand. Es kommt häufig vor, daß Jäger, die in dieser zwischen Gueux und Vrgny gelegenen Gegend, in dem sogenannten „Niemandland“ ihrer Liebhaberei nachgehen, durch die Sonne gebleichte Menschenknochen, die letzten Ueberreste der dort gefallenen Soldaten finden. Die verlassenen Schützengräben sind teilweise eingefallen, das Gras wächst wieder. Aber der Boden ist immer noch übersät mit Granatsplittern, Stacheldrahtresten, Granaten, deutschen Munitionskisten und Granathülsen jeden Kalibers. Man findet dort in diesem schauerlichen „Niemandland“, wie „Paris-Midi“ schildert, die Knochen der Gefallenen haufenweise. Der vom Regen durchweichte Boden hat sich gesenkt, und die Skelette der dort in Eile beerdigten Soldaten kommen wieder ans Tageslicht. Man findet auch zahlreiche deutsche und französische Helme, Eßgeräte, Kochkessel und anderes mehr. Bedauerlich ist nur, so meint „Paris-Midi“, daß die Besucher dieses Niemandlandes die Knochen der Toten als Andenken mit-schleppen: „Die Toten des Feldzuges von 1914—1918 haben ein Recht auf ewige Ruhe, selbst im Niemandland von Reims.“

„Wie ist doch die Zeitung so interessant“ . . .

Ogleich Frankreich eine Republik ist, bringen die Franzosen doch dem, was die Fürstlichkeiten tun, ein ungemein reges Interesse entgegen. Und besonders die Verlobung des Prinzen Georg von England mit der Prinzessin Marina erregt die ungeteilteste Aufmerksamkeit der französischen Presse, die spaltenlange Berichte über das bräutliche Glück des jungen Paares bringt. Der Leser erfährt genau, wie „sie“ „ihn“ kennen gelernt hat, wie sie sich ineinander verliebten und wie es endlich in der lauschigen Stille der jugoslawischen Wälder zur Verlobung kam. Jetzt ist Prinz Georg mit seiner Braut auf der Durchreise nach England in Paris, und das gibt den Blättern erneut Gelegenheit, sich mit dem jungen Paare zu beschäftigen. Die Herzen all der kleinen Midinettes und Stenotypistinnen, die der jungen Wäscherinnen und Verkäuferinnen schlagen höher, wenn sie im „Intransigeant“ sehen, wie Marina sich die schönsten Hüte bei ihrer Putzmacherin aussucht und wie sie, die, wie immer wieder hervorgehoben wird, eine „echte Pariserin“ sei, sich soeben in einem eleganten Schneideratelier in der Rue Royale ihr Brautkleid bestellt hat.

Aber nicht nur das bräutliche Glück des jungen Prinzenpaares beschäftigt die Gemüter. Die Tatsache, daß die junge Prinzessin Maria-Jose de Piemont, die Frau des italienischen Kronprinzen, ein Kindchen erwartet, ist mindestens ebenso interessant. Sie gibt jedenfalls allen Pariser Blättern Gelegenheit, eingehend nicht nur jede Phase des gegenwärtigen Lebens der jungen Mutter zu beschreiben, nicht nur Einzelheiten über die Aussteuer des zu erwartenden kleinen Erdenbürgers zu bringen, sondern auch die Wiege, die die Stadt Neapel der Prinzessin zum Geschenk machte, wurde von allen Seiten in den Zeitungen abgebildet. Und der Leitartikel des „Paris-Soir“, der auf der ersten Seite dieses großen Boulevardblattes die ganze erste Spalte einnimmt, trägt die Überschrift: „Die Neapolitaner erwarten mit Ungeduld die 101 Schüsse, die die Geburt eines Prinzen anzeigen.“